

Programm für das Land Bremen

1975





Vorwort:

Die Wählerinnen und Wähler im Lande Bremen stehen vor einer für sie und unser Land entscheidenden Bürgerschaftswahl. Die Sozialdemokraten haben durch ihre falsche Politik Probleme heraufbeschworen, mit denen sie nun nicht mehr fertig werden. Die einzige Alternative zu der nach 30-jähriger Herrschaft verfilzten und verbrauchten SPD heißt: CDU.

Was sie will, wie sie über die Zukunft unseres Landes denkt und welche Wege sie gehen wird, um Sicherheit für unsere Bürger, inneren Frieden für unser Volk, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt zu schaffen, sagt sie mit diesem Programm.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Neumann

Bernd Neumann
- Fraktionsvorsitzender -
und Spitzenkandidat -

Uwe Hollweg

Uwe Hollweg
- Landesvorsitzender -

Bibliothek
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
IBK / IFK / IIS / SFK / PAE / ACD
Inventar-Nr. 60069662

MF 2210 BRE

60069662-1

INHALT

Seite 5

Präambel

Seite 7

Aktionsprogramm

I. Gesunde Wirtschaft - Sichere Arbeitsplätze

1. Arbeitslosigkeit und Geldentwertung gefährden den Wohlstand
 2. Fehler und Versäumnisse der SPD - Ursache der Krise
 3. Verfehlte Strukturpolitik der Bremer SPD
 4. Verkehrsanbindung der bremischen Häfen vernachlässigt
 5. Sichere Arbeitsplätze durch Verbesserung des Investitionsklimas und der Wirtschaftsstruktur
-

Seite 12

II. Entfaltung der Persönlichkeit - Schluß mit utopischen Reformen - Für eine realistische Bildungspolitik

1. Bildung = Chancen fürs Leben
 2. Die Experimente begrenzen
 3. Den Lehrermangel beseitigen
 4. Keine politische Agitation in der Schule
 5. Eltern und Schüler haben eine gemeinsame Verantwortung
 6. Vorrang für die vorschulischen Einrichtungen
 7. Die berufliche Bildung gleichrangig behandeln
 8. Universität muß leistungs- und funktionsfähig werden
-

Seite 18

III. Die menschliche Stadt - Leitbild der CDU

1. Wohnqualität durch vorausschauende Stadtplanung
2. Modernes Verkehrskonzept statt Planungswirrwarr
3. Solidarität der Generationen - Mehr tun für ältere Mitbürger
4. Mehr Sicherheit - mehr Fürsorge - mehr Vorsorge - Der Patient im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik -

Seite 23

IV. Mehr Sicherheit für die Bürger Bremens und Bremerhavens

1. Gewaltkriminalität bekämpfen
2. Gemeinsame Abwehr der Radikalen
3. Arbeitsfähigkeit der Justiz verbessern
4. Den Strafvollzug wirksamer gestalten

Seite 26

V. Gegen Machtverfilzung und Parteibuchwirtschaft

1. Machtkämpfe in der SPD
2. Machtverfilzung in Bremen
3. Sozialistisches Experimentierfeld Bremen
4. Die CDU wird Parteibuchwirtschaft und Machtmißbrauch beseitigen

Seite 28

Problemkatalog

Präambel

Die CDU im Lande Bremen vereint als moderne Volkspartei Bürger aus allen Schichten, Gruppen und Berufen. Ihre Politik dient dem Wohl aller und nicht nur Teilen unseres Volkes. Durch gemeinsame Ziele und Werte verbindet sie Menschen unterschiedlicher Interessen. Die CDU in Bremen und Bremerhaven ist unabhängig, offen und dynamisch, dem Praktischen zugewandt. Sie lehnt Ideologie und Klassenkampf ab.

Die CDU will für unseren Zwei-Städte-Staat eine freiheitliche und sozial gerechte menschliche Ordnung. Ein Land wie Bremen – gestaltet durch den Fleiß seiner Bürger – hängt in erster Linie von **Hafen, Handel und Industrie** ab. Wer da dogmatisieren, sozialisieren oder gar mit der derzeitigen Politik in Bonn gleichschalten will, der schädigt Bremen. Darum ist es eine Existenzfrage für die Selbständigkeit des Landes Bremen, realistisch und mit wirtschaftlichem Sachverstand geführt zu werden. Davon hängt auch die Sicherheit der Arbeitsplätze für heute und morgen ab.

Die CDU Bremen verbürgt **Sicherheit** auf **wirtschaftlichem** Gebiet, im **sozialen** Bereich und allgemein im **inneren** Leben des Staates und der Gesellschaft. Die CDU garantiert die **Freiheit des einzelnen** gegen die Übermacht moderner Großorganisationen, gegen kollektivistischen Zwang und gegen die Gleichmacherei des Sozialismus. So bewahrt sie auch die speziell bremische Lebensart. Die Politik der CDU Bremen sichert verbesserte und chancengerechte Aufstiegsmöglichkeiten ohne Parteibuch.

Die CDU orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung. Sie glaubt sich nicht im Besitz letzter Wahrheiten und verspricht keine problemlose Gesellschaft im Glück.

Die CDU hat für das Land Bremen ein umfassendes und dabei realistisches Programm. In **ihrem Aktionsprogramm** macht sie die politischen Schwerpunkte deutlich, welche die CDU in der kommenden Legislaturperiode verwirklichen wird, wenn sie die politische Verantwortung erhält.

In dem **Problemkatalog** werden die Themen aufgezeigt, die aus Sicht der CDU für das Land Bremen und seine Bürger heute und zum Teil auch über die kommende Legislaturperiode hinaus von besonderer Bedeutung sind. Der Problemkatalog kann dem Anspruch auf Vollständigkeit sicherlich nicht genügen. Bei der Abhandlung der aufgeführten Themen

geht es darum, kurz und bündig die Problematik darzustellen und dann – ebenso prägnant – die Tendenz der politischen Absichten der CDU aufzuzeigen. Der Problemkatalog erhebt von vornherein nicht den Anspruch, detaillierte und vollendete Lösungsvorschläge anzubieten. Die CDU ist sich bewußt, daß es für eine Reihe von Problemen in einem großstädtischen Raum wie Bremen keine Patentlösungen gibt.

Die CDU im Lande Bremen hat unverbrauchte, sachkundige Kräfte. Sie ist als eine moderne Großstadtpartei bereit, die von ihr aufgezeigten Probleme gemeinsam mit den Bürgern Bremens zu meistern.

Aktionsprogramm

I. Gesunde Wirtschaft – Sichere Arbeitsplätze

1. Arbeitslosigkeit und Geldentwertung gefährden den Wohlstand

Die Jahre 1974 und 1975 zeigen mit aller Klarheit die große Bedeutung von gesunden und stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen und von sicheren Arbeitsplätzen für uns alle.

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist durch folgende Daten gekennzeichnet:

- Über **zwei Millionen Menschen** waren im Frühjahr 1975 ohne Vollbeschäftigung, d. h., sie waren **arbeitslos** oder mußten kurzarbeiten. Damit erreichte die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland seit nahezu zwei Jahrzehnten den höchsten Stand.
- Bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres tauchte das **wirtschaftliche Wachstum ins Minus** und erreichte zu Beginn dieses Jahres einen Tiefstand. Dabei ist unser Wohlstand ernstlich bedroht, wobei die Hauptleidtragenden insbesondere die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft wie die kinderreichen Familien, die Rentner, die alten und kranken Menschen sind.
- Die nach wie vor bestehende **Geldentwertung** zerstört jede gesicherte Sozialordnung und macht die Bildung und Erhaltung von Vermögen unmöglich. Allein die Sparer, vornehmlich die Arbeitnehmer, erlitten z. B. 1974 hierdurch Wertverluste von ca. 40 Milliarden DM.
- Der **Zusammenbruch von Unternehmen**, die Gefährdung von Arbeitsplätzen sowie die unsoziale Geldentwertung bedrohen die Existenzgrundlage vieler Bürger in unserem Lande.
- Die **Haushalte** der öffentlichen Hand sind zerrüttet, die Finanzlage der sozialen Einrichtungen und der gesetzlichen Sozialversicherung werden dadurch in hohem Grade **gefährdet**. Das von der CDU/CSU übergebene Erbe wurde von der SPD/FDP-Koalition in kurzer Zeit völlig verwirtschaftet.

Für das **Land Bremen und seine Bürger** wird darüber hinaus die wirtschaftliche Lage durch folgende Punkte verschärft:

- Mit der **Schaffung neuer Arbeitsplätze** lag Bremen weit unter dem Bundesdurchschnitt.
- Besonders **unbefriedigend** ist die Entwicklung auf dem Gebiet der **Arbeitsplätze für Frauen**. Dies führt wie z. B. in Bremen-Nord und Bremerhaven zu einer hohen Arbeitslosenquote bei den weiblichen Beschäftigten.
- Auch das zu geringe Angebot an **Teilzeitarbeitsplätzen** vor allem für Frauen verschärft die Lage auf dem Arbeitsmarkt.
- Hinzu kommt, daß die Arbeitnehmer im Lande Bremen im Vergleich zu ihren Kollegen in den anderen Bundesländern **weniger Lohn und Gehalt** beziehen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß die Arbeitnehmer im Lande Bremen nur 95 Prozent von dem verdienen, was im Durchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland an Lohn und Gehalt gezahlt wird.

Die wirtschaftliche Lage insgesamt hat dazu geführt, daß die **Leistungsfähigkeit auch des Staates** in den vergangenen Jahren mehr und mehr **zurückgegangen** ist. Das wird besonders deutlich in der Tatsache, daß trotz Steuererhöhungen für mehr Geld immer weniger an realen Investitionen erstellt werden konnte. Statt kontinuierlicher Investitionen, die insbesondere Arbeitsplätze und Einkommen sichern, beklagen wir im Lande Bremen einen ständigen **Rückgang der Investitionsquote**. 1974 betrug der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben 24,5 Prozent. Für 1978 ist nach Aussage des Senats lediglich mit einem Anteil der Investitionen an den bremischen Haushalten von 14,6 Prozent zu rechnen.

2. Fehler und Versäumnisse der SPD - Ursache der Krise

Die schwerste wirtschaftliche Krise in der Bundesrepublik Deutschland seit der Währungsreform hat in erster Linie **im Inland liegende Ursachen**. Der Hinweis auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge ist eine unzureichende Entschuldigung. Gerade mit den ungewöhnlich großen Exportüberschüssen konnte ein völliges Zusammenbrechen der Wirtschaft und ein weiteres Emporschnellen der Arbeitslosenziffern verhindert werden. Richtig ist vielmehr, daß mit zu großen Versprechungen falsche Erwartungen geweckt wurden. Die Leistungskraft der Wirtschaft wurde überfordert. Mit ihrer Ausgabenpolitik hat die Bundesregierung alle Gesetze von Solidität und Stabilität mißachtet. Die Belastbarkeit der Wirtschaft wurde bewußt erprobt mit der Folge, daß die Erträge für neue Investitionen nicht ausreichten.

Die verfehlte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung hatte eine bisher nicht gekannte Kostenexplosion und eine Schwächung der Binnenkonjunktur zur Folge, die unter allen Industriestaaten ohnegleichen ist. Das schlechte Beispiel des Staates führte dazu, daß sich auch die Tarifpartner nicht zu mehr Disziplin und Verantwortung veranlaßt sahen.

Die unausgegorenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Koalition haben ein **politisches Klima der Verunsicherung** geschaffen, das sich lähmend auf das Engagement und die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft auswirken mußte. In unserem Lande - **und die Bremer SPD steht dabei an führender Stelle** - sind Sozialisten nach wie vor dabei, das Leistungsprinzip, das für die Wirtschaft unentbehrliche Ertragsdenken und die unternehmerische Initiative pauschal zu diffamieren. Das Eigentum an Grund und Boden wird in Frage gestellt, **Investitionslenkung und Verstaatlichung** werden offen propagiert. Dabei führt uns die tägliche Erfahrung mit unserer Umwelt vor Augen, daß die soziale Marktwirtschaft uns ein Höchstmaß an Freiheit und Wohlstand beschert hat. **Nicht das System unserer Wirtschaftsordnung hat versagt, sondern diejenigen, die mit seinem Instrumentarium falsch umgehen.**

3. Verfehlte Strukturpolitik der Bremer SPD

Die Fehler bremischer Wirtschaftspolitik liegen darüber hinaus insbesondere im Bereich der **Strukturpolitik**. Die Strukturpolitik des SPD-Senats wird durch folgende **Negativfaktoren** gekennzeichnet:

- Das Verhältnis der einzelnen **Wirtschaftsbereiche** im Lande Bremen ist **unausgewogen**. Das Land Bremen hat einen zu niedrigen Industrialisierungsgrad.
- Die Industrie im Lande Bremen besitzt eine zu starke **außenwirtschaftliche Abhängigkeit**.
- Die zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur erforderliche **Neuansiedlung** von Gewerbebetrieben blieb **ohne Erfolg**.
- Die **Abwanderung** von Menschen und Betrieben **nimmt zu**.

Diese, die bremische Wirtschaft bestimmende Entwicklung ist deshalb besonders unbefriedigend, weil sie für ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und damit für die ungünstige Einkommensentwicklung und die Stagnation der Arbeitsplätze verantwortlich war und ist.

Die negative Bilanz ist seit Jahren bekannt. Geändert hat sich aber in den vergangenen 20 Jahren nichts. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten haben durch eine **verfehlte Strukturpolitik** die Ansiedlung zukunfts- und

wachstumsträchtiger Betriebe verhindert. Der SPD-Senat hat durch seine **investitionsfeindliche Gestaltung der Kauf- und Erbbauverträge** ansiedlungswillige Firmen abgeschreckt.

4. Verkehrsanbindung der bremischen Häfen vernachlässigt

Die Selbständigkeit Bremens ist im wesentlichen in der Wahrnehmung **der internationalen Hafen-, Schifffahrts- und Fischereibeziehungen** für die Bundesrepublik Deutschland begründet. Deshalb hat die CDU bislang alle Maßnahmen und Investitionen unterstützt, die auf Stärkung der Hafeninteressen Bremens und Bremerhavens ausgerichtet waren. Vorzuwerfen ist dem SPD-Senat, daß er im Gegensatz zu Hamburg die **Verkehrsverbindungen** (Wasserstraßen) der bremischen Häfen zum Hinterland **vernachlässigt** hat. Dies wird zu Umschlagsverlusten in Höhe von einigen Millionen tons Massengütern führen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß über **45 Prozent aller Arbeitsplätze** in Bremen und Bremerhaven **von den bremischen Häfen abhängig** sind, kommt diesem Sachverhalt außerordentliche Bedeutung zu.

5. Sichere Arbeitsplätze durch Verbesserung des Investitionsklimas und der Wirtschaftsstruktur

Die CDU garantiert eine Verbesserung des Investitionsklimas und der Sicherheit der Arbeitsplätze durch eine **Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft**.

Die CDU wird die **unausgegorenen Reformprojekte**, die den Bürger viel Geld kosten, aber wenig Nutzen bringen, **beenden**. Denn nur mit einer realistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist es möglich, auch von den Tarifpartnern vertretbare Opfer zu verlangen. Da das Wohlergehen Bremens und Bremerhavens seit Jahrhunderten von Handel und Schifffahrt abhängt, ist bei uns marktwirtschaftliches Denken nicht nur Tradition, sondern Lebensgrundlage.

Bei der langfristigen Sicherung der Vollbeschäftigung wird die CDU anstreben, daß allen Arbeitnehmern ein ihren **Fähigkeiten und Neigungen entsprechender Arbeitsplatz** bereitgestellt wird. Dies setzt eine vielfältige wirtschaftliche Struktur voraus.

- Die CDU wird deshalb **mehr Gewerbeflächen** ausweisen und erschließen.
- Die CDU wird die **Zusammenarbeit mit Niedersachsen** im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung **verbessern**.

- Die CDU wird einen **Staatsvertrag über die Luneplate** mit Niedersachsen abschließen, um die drängenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Bremerhavens zu beseitigen.

- Durch **gezielte Förderungsmaßnahmen** wird die CDU das Wohlstandsgefälle zwischen Bremen und Bremerhaven abbauen.

- Die CDU wird auf einen beschleunigten Ausbau der Autobahnverbindung Bremen-Bremerhaven hinwirken.

- Die CDU wird die geltenden **Kauf- und Erbbauverträge investitionsfreundlicher** gestalten.

- Die CDU wird die von der SPD geplante **Erhöhung** des Hebesatzes bei der **Gewerbesteuer nicht durchführen** und dadurch das Investitionsklima verbessern.

- Zur **Stärkung der Häfen** wird die CDU die **private Initiative** in der bremischen Hafenwirtschaft **fördern**.

Die CDU wird sich verstärkt um die bessere **Anbindung der bremischen Häfen** kümmern. Insbesondere muß die Mittelweser von gegenwärtig 2,20 m auf 2,50 m Abladetiefe gebracht werden. Dies ist deshalb wichtig, weil der Elbe-Seitenkanal wie auch der Mittellandkanal ab 1985 auf eine Abladetiefe von 2,50 m gebracht sein werden.

Die CDU wird dafür Sorge tragen, daß die **Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen**, insbesondere gegenüber den Beneluxhäfen, **verbessert** wird.

- Die CDU tritt für eine **gleichmäßige Förderung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben** ein. Deshalb wird sie das von der SPD abgelehnte **Mittelstandsförderungsgesetz** erneut in die Bürgerschaft einbringen.

- Als flankierende Maßnahme, insbesondere zur Unterstützung ansiedlungsbereiter Unternehmen und zur Verhinderung der Abwanderung von Gewerbebetrieben, wird die CDU **bürokratische Hemmnisse beseitigen**.

- Die CDU wird sich für die gleiche Behandlung aller Transportunternehmen in der europäischen Gemeinschaft und für den Abbau der bestehenden **Wettbewerbsverzerrungen** einsetzen.

II. Entfaltung der Persönlichkeit – Schluß mit utopischen Reformen – Für eine realistische Bildungspolitik

1. Bildung = Chancen fürs Leben

Bildung prägt den Menschen. Sie gibt ihm **Chancen fürs Leben**. Sie entfaltet seine geistigen und praktischen Kräfte und Anlagen. Bildung führt den jungen Bürger in die menschliche Gemeinschaft ein, in ihre Aufgaben, Erwartungen, Grenzen und Konflikte. Sie macht Erfüllung im gewählten Beruf möglich. Das alles ist gewährleistet, wenn die Bildungseinrichtungen zweckmäßig geplant, eingerichtet und verwaltet werden. Bildungspläne müssen dem modernen Berufsleben entsprechen. Sie dürfen nicht am späteren Leben vorbeigehen. Das bedeutet eine Orientierung auch am **Leistungsprinzip**.

Der **Finanzspielraum** für die Bildungsinvestitionen ist enger geworden. Die Konkurrenz der Bildungsausgaben mit anderen öffentlichen Aufgaben wird zunehmend härter. Das verlangt klare **bildungspolitische Schwerpunkte**, die auch von der Öffentlichkeit als dringlich anerkannt werden. Das bedeutet, daß Bildungspolitik künftig nicht „Wunschpolitik“ sein kann. Sie muß sich an Machbarem orientieren und realistische, notfalls bescheidene Ziele setzen.

Die Bildungspolitik der CDU dieses Landes wird in den kommenden Jahren von folgenden **Grundsätzen** bestimmt sein:

- **Begabung** ist nicht beliebig machbar. Ihre Förderung verlangt auch die Berücksichtigung naturgebener Unterschiede.
- Die **Gleichwertigkeit der Ungleichen**, ein Grundprinzip der Demokratie, muß auch im Bildungswesen zur Geltung gebracht werden. Diese Gleichwertigkeit beinhaltet auch das Recht auf geringere Leistung.
- **Im Mittelpunkt** der Reform muß **das Kind** stehen. Da Bildungsreform nicht Selbstzweck sein darf, müssen Ansatz, Zielrichtung und Tempo der Reform an den pädagogischen Gegebenheiten der jeweiligen Altersstufe orientiert werden.
- Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten. Selbständigkeit und Eigengesetzlichkeit der menschlichen Person müssen beachtet werden, damit Bildung nicht nur zur Anpassung an den Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik, sondern auch zur **persönlichen Freiheit des einzelnen** führt.

- Alle Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, zur **Bejahung unseres Staates** und seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung zu erziehen.

- **Nachfrage und Bedarf** müssen wieder eindeutig aufeinander bezogen werden. Unsere differenzierte, arbeitsteilige und strukturierte Gesellschaft braucht ein ebenso differenziertes, arbeitsteiliges und strukturiertes Bildungswesen.

- Alle bildungspolitischen Programme und Planungen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie für den einzelnen ein Mehr an Leistung und Freiheit ermöglichen.

2. Die Experimente begrenzen

Die bisherigen Erfolge im Bildungswesen werden von den Verantwortlichen der SPD in Bremen zunehmend in Frage gestellt. Eine unausgesehene „Reform“ löst die andere ab. Schüler und Eltern kennen sich in unzähligen und oft **sinnlosen Experimenten** kaum mehr aus. Die Gelder werden in die falschen Projekte gesteckt. **Lehrermangel, zu große Klassen, Unterrichtsausfall** und Lücken im Lehrangebot sind die Folgen. Die Leidtragenden sind die Kinder.

Aus ideologischen Gründen ist der SPD an Verbesserungen des bestehenden Schulwesens wenig gelegen. Denn sie konzentriert sich personell und finanziell auf die nicht genügend erprobte **integrierte Gesamtschule**.

Die CDU will dagegen:

- Verstärkte innere Reform des **bestehenden** Schulsystems bei gleicher Ausstattung wie die Gesamtschulversuche, um einen Vergleich möglich zu machen.

Gleichzeitig:

- Sofortige wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der bestehenden Schulversuche sowie **Einstellung der gescheiterten Reformen**.

Es ist das erste Anliegen der CDU, in die Schule und in die anderen Bildungseinrichtungen wieder **Ruhe** und **Ausgewogenheit** zu bringen. Nur dann ist eine moderne, wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung des Schulwesens im Lande Bremen möglich. Zum Nutzen unserer Jugend. Für die CDU in Bremen und Bremerhaven heißt das unter anderem:

3. Den Lehrermangel beseitigen

In diesem Punkt liegt eindeutig der Schwerpunkt unserer Schulpolitik. Die CDU wird dazu kurzfristige und langfristige Maßnahmen ergreifen:

- Erweiterung des nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterrichts, Einsatz von Fachkräften aus Wirtschaft und Verwaltung in Mangelfächern (insbesondere im gymnasialen und berufsbildenden Bereich) –
- Errichtungsstopp für integrierte Gesamtschulen, weil diese ungeicherten Experimente mehr Lehrer brauchen als herkömmliche Schulen –
- Einführung moderner Lehr- und Lernmethoden, die Lehrpersonal einsparen –
- Effektiverer Einsatz der Lehrer (z. B. Entlastung von Verwaltungsaufgaben) –
- Schaffung einer Lehrervertretungsreserve –
- gerechte Verteilung der Mittel für Bau und Ausstattung von Schulen aller Formen und Stufen (**insbesondere Altbauschulen**) –
- Senkung der Klassenstärken (primär im Grund- und Hauptschulbereich).

4. Keine politische Agitation in der Schule

Die CDU lehnt die Einstellung von Verfassungsfeinden wie DKP- und NPD-Mitgliedern, aktiven Mitarbeitern links- und rechtsradikaler Organisationen und Befürwortern von Verfassungsbruch und Gesetzesmißachtung kategorisch ab. Die CDU wird darum für die volle Anwendung des Extremistenbeschlusses der Ministerpräsidenten sorgen, insbesondere auch hinsichtlich der bereits im öffentlichen Dienst im Lande Bremen Beschäftigten. Schulbücher, Lehrpläne und davon abweichender Unterricht dürfen nicht zur Agitation mißbraucht werden. **Schulunterricht** muß grundsätzlich **überparteilich** sein. Unsere Kinder dürfen nicht – dafür wird die CDU durch verstärkte parlamentarische Kontrolle sorgen – zu Feinden unseres Staates oder des Elternhauses erzogen werden.

5. Eltern und Schule haben eine gemeinsame Verantwortung

Grundgesetz und Bremische Landesverfassung garantieren das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Im Bereich der Schule haben Staat und Elternhaus nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einen gemeinsamen und gleichgeordneten Erziehungsauftrag. Trotzdem provozieren gewisse moderne politisch-pädagogische Richtungen einen dauernden **Konflikt** mit dem **Elternhaus**.

In den vergangenen Jahren wurden Eltern und Elternbeiräte häufig von den Bildungsbehörden durch **Überrumpelungstaktiken** vor vollendete Tatsachen gestellt. Bei wichtigen Gesetzes- und Reformvorhaben wurden die Elternvertreter zwar gehört, ihre Meinungen blieben jedoch oftmals

bei der Entscheidung der von der SPD dirigierten Schulverwaltung unberücksichtigt. Deshalb ist es notwendig geworden, die verfassungsmäßigen **Elternrechte** im Schulwesen **gesetzlich** besser zu sichern. Dies wird die CDU auf der Grundlage ihres Gesetzentwurfs zur Verbesserung der Mitbestimmungsrechte der Erziehungsberechtigten und der Mitwirkungsrechte der Schüler verwirklichen.

6. Vorrang für die vorschulischen Einrichtungen

Die Bemühungen um Chancengleichheit müssen bereits im Kindergarten beginnen und dürfen nicht, wie es in der Schulpolitik der SPD geschieht, auf die Zeit des elften Lebensjahres verschoben werden. Vorschulische Förderung soll der Kreativität des Kindes, dem **Abbau sozialer Nachteile** und einer organischen Hinführung zur Schule und nicht deren Vorverlegung dienen. Die Forderung nach einer **Schulpflicht für die Fünfjährigen** wird von der CDU in Bremen und Bremerhaven abgelehnt. Ein unterschiedliches Angebot verschiedener Träger aus Staat und Gesellschaft ist Grundlage der vorschulischen Erziehung. Die CDU wird daher auf der Grundlage ihres bereits 1970 eingebrachten und von der SPD abgelehnten Kindergarten-Gesetzentwurfs dafür sorgen, daß allen Kindern vom 4. Lebensjahr an der Besuch vorschulischer Einrichtungen ermöglicht wird. Über die künftige Zuordnung von Einrichtungen der vorschulischen Erziehung wird die CDU nach Auswertung der laufenden Modellversuche entscheiden.

7. Die berufliche Bildung gleichrangig behandeln

Allgemeine und berufliche Bildung sind aufeinander bezogen und **gleichwertig**, die völlige Integration als gesetzlich fixierte Regelform wird abgelehnt. Die berufliche Bildung muß nach modernen pädagogischen und bildungspolitischen Leitlinien verwirklicht werden. Weder betriebliche Interessen noch ideologisch geprägtes Verstaatlichungdenken dürfen dieses Ziel gefährden. Die CDU will die Aufteilung der beruflichen Bildung auf die **Lernorte Schule, Betrieb** und **überbetriebliche Einrichtungen** nach pädagogischen Gesichtspunkten. Der **Betrieb**, der den berufspraktischen Teil übernimmt, spielt hierbei eine **unverzichtbare Rolle**.

Berufliche Bildung darf nicht auf Schulen und Großbetriebe beschränkt werden. **Ausbildungsplätze in Klein- und Mittelbetrieben** sind **unentbehrlich**. Mittelstandsfeindliche Propaganda von linken „Systemüberwindern“ in der Lehrlingsausbildung geht zu Lasten der Entfaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen. Seit Jahren weisen die Politiker der CDU

in Bremen und Bremerhaven darauf hin, daß die Experimente des SPD-Senats im Schul- und Hochschulbereich auf Kosten der Berufsschulen gehen. Die Mahnungen halfen nicht viel. Die **berufliche Bildung** wurde und wird im Lande Bremen **vernachlässigt**.

Die CDU will dies ändern. Wir werden der Berufsschule den Rang geben, der ihr als Bildungsstätte für nahezu 80 Prozent der jüngeren Generation zukommt. Das ist zunächst eine Frage der **finanziellen Ausstattung**. Die CDU wird die dafür notwendigen Mittel u. a. dadurch bereitstellen, daß sie einer weiteren personellen und organisatorischen Aufblähung der marxistischen Bremer Universität, in der für eine Minderheit monatlich Millionenbeträge ausgegeben werden, Einhalt gebietet. Die CDU will eine schrittweise Reform der beruflichen Bildung auf der Grundlage der Beschlüsse des Hamburger Parteitages durchführen. Hierbei sind folgende Maßnahmen als vorrangig anzusehen:

- Ausweitung des Unterrichts an **allen** Berufsschulen auf mindestens **12 Wochenstunden**, nach Möglichkeit in Form eines dem einzelnen Berufsfeld angepaßten Blockunterrichts –
- Ausbau des **Berufsgrundbildungsjahres** –
- Erweiterung des Angebots an **überbetrieblichen Bildungseinrichtungen** –
- Ständige **Abstimmung** der betrieblichen Ausbildungsordnungen mit den schulischen Lehrplänen –
- Einrichtung von **Werkklassen**, damit Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, vor allem aber Abgänger von Sonderschulen für **Lernbehinderte** mindestens eine einjährige Grundausbildung erhalten.

Die Funktionsfähigkeit des berufsbildenden Schulwesens hängt in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit der **Hauptschule** ab. Es ist notwendig, den eigenständigen Bildungsauftrag dieser Schule aus einem neuen Verständnis von Begabung und dem veränderten Stellenwert der beruflichen Bildung neu zu entwickeln. Eine Schulart, die von mehr als einem Drittel eines Altersjahrganges besucht wird, darf **nicht zur Restschule** degradiert werden. Die CDU wird auf der Grundlage eines der Bürgerschaft im März 1975 vorgelegten Hauptschulkonzepts in einem besonderen **Vierjahresprogramm** die bisher vernachlässigte Hauptschule als attraktive Alternative zur Realschule, zum Gymnasium und zur Gesamtschule entwickeln.

8. Universität muß leistungs- und funktionsfähig werden

Die Linkslastigkeit der Bremer Universität sowie ihre verfassungswidrigen Strukturen sind weit über die Landesgrenzen Bremens bekannt. Die Bremer SPD, die gegen den Widerstand der CDU den linken Fanatikern an

der Universität völlig freien Lauf ließ, trägt für den derzeitigen desolaten Zustand ausschließlich die Verantwortung. Die Bremer SPD verfügt auf Grund der Mitgliedschaft vieler Universitätsideologen in der SPD und des zunehmenden Einflusses marxistischer Gruppen in der Partei nicht über die Kraft, die unheilvolle Entwicklung der Universität zu stoppen, geschweige denn diese zu ändern. Die CDU wird dafür sorgen, daß die Hochschulen und die Universität im Lande Bremen ihre eigentlichen Aufgaben auf der Grundlage eines neuen Gesamthochschulgesetzes erfüllen. Die CDU wird die **Freiheit von Forschung und Lehre** und den **Wissenschaftspluralismus** an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sicherstellen. Dazu gehören u. a. folgende Maßnahmen:

- **Berufung von Hochschullehrern** nicht nach politischen, sondern ausschließlich nach fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten –
- **Abschaffung** der verfassungswidrigen **Drittelparität**; Einführung einer funktionsgerechten Mitbestimmung, die dem Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts und den Kriterien der Funktionsfähigkeit, der Wissenschaftsfreiheit, des Sachverstandes und der Betroffenheit Rechnung trägt –
- Konsequente **Einflußnahme** und Entscheidung **des Staates**, wenn die Hochschulen die ihnen übertragenen Aufgaben nicht voll erfüllen –
- **Abstimmung des Bedarfs** an Hochschulabsolventen – auch hinsichtlich der Kapazitäten des Landes Bremen – mit der Zahl der Studienplätze in den einzelnen Fachbereichen; so z. B. Einschränkung der immer größer werdenden Zahl von Lehrerstudenten durch Studienberatung und Steuerung des Umfangs an Lehrangeboten –
- Kompromißloses Verlangen nach **Einhaltung** der im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten **Treuepflicht**, nach der sich alle Angestellten und Beamten auch an Hochschulen jederzeit zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates bekennen müssen; bei Nichteinhaltung konsequente disziplinarische bzw. beamtenrechtliche Maßnahmen des Staates auf rechtsstaatlicher Grundlage.

III. Die menschliche Stadt - Leitbild der CDU

1. Wohnqualität durch vorausschauende Stadtplanung

Moderne Stadtplanung bedeutet, zukunftsorientierte Leitlinien für die Verwirklichung einer bürgerfreundlichen und menschlichen Stadt zu setzen. Der Wohnwert einer Stadt wird nicht nur durch die Wohnung selbst, sondern wesentlich durch die Erreichbarkeit, Qualität und Nutzbarkeit der Wohnung bestimmt. Hierzu gehören nicht nur die privat genutzten Freiräume, sondern alle öffentlichen Zonen der näheren und weiteren Umgebung. Es gibt somit keine Wohnungspolitik, die nicht eng mit der Stadtplanung verbunden ist. Diese wiederum ist nicht möglich ohne einen gewissen Grad von vorausschauender Gesamtplanung. Daran fehlt es in Bremen und Bremerhaven.

- Der SPD-Senat war und ist trotz aller Versprechungen bisher nicht in der Lage, den **Wohnbedarf** für bestimmte Personengruppen hinreichend zu befriedigen. Das gilt insbesondere für kinderreiche Familien sowie für alte und behinderte Menschen.

- Der SPD-Senat bevorzugt nach wie vor inhumane und kostspielige Großprojekte. Das Ergebnis sind **Betonsilos** und **Wohnghettos** mit eintönigem Wohnungsangebot und fehlenden Folgeeinrichtungen öffentlicher und privater Art (Schulen, Kindergärten, Geschäfte).

- In vielen Ortsteilen ist die **Ausstattung** mit Einrichtungen der täglichen Versorgung, der Bildung, der Freizeit, des Sports und der Erholung **unzureichend**.

- In Teilbereichen des Landes Bremen wird die Wohnqualität durch **Lärmbelästigungen** (z. B. Fluglärm, Industrielärm, Verkehrslärm) sowie durch **Luftverunreinigungen** (z. B. SO₂-Belastung in der östlichen Vorstadt) oder **Erschütterungen** (z. B. entlang der Bahnlinien und durch Schwerlastverkehr) unzumutbar beeinträchtigt.

- In den meisten Stadtteilen ist die **Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten** gar nicht oder **unzulänglich** gelöst. Das hat negative Auswirkungen für alle Teilzeitbeschäftigten, vor allem aber auf die Halbtagsbeschäftigung der Hausfrauen.

- Ein Großteil der Wohnungen entspricht wegen **mangelhafter Größe, schlechter Schallisolierung, starrer Grundrißgestaltung** und **schlechter Ausstattung** in keiner Weise den Bedürfnissen der Bewohner.

- Die **Mieten im sozialen Wohnungsbau** überschreiten heute zum Teil erheblich die vergleichbaren Mieten frei finanziierter Wohnungen.

Alternativen der CDU

Die CDU wird eine humane, an modernen Vorbildern und Forschungsergebnissen orientierte Stadtplanung betreiben und damit das Lebens- und Wohnniveau im Lande Bremen ordnen und verbessern.

Mit dieser Auffassung sind Betonsilos und Wohnghettos unvereinbar. Daher wird die CDU folgende Punkte durchsetzen:

- Die Wohnung als individuell gestalteter Freiheitsraum des Bürgers und zentraler Punkt der Familie -

- Keine Trennung der sozialen Gruppen unserer Gesellschaft durch Mammutprojekte -

- Keine einseitige Bevorzugung spektakulärer Bauvorhaben auf Kosten renovierungsbedürftiger Altbauten und historisch gewachsener Stadtviertel -

- Bereitstellung von ausreichenden Flächen für das typische Bremer Einfamilienhaus in umweltfreundlicher Umgebung -

- Erhaltung brauchbarer Bausubstanz - Objektsanierung statt Kahl-schlag -

- Tragbare Mieten insbesondere im sozialen Wohnungsbau -

- Kein weiterer Bau von Kleinstwohnungen für mehrköpfige Familien -

- Schutz der Wohnungen vor störenden Umwelteinflüssen.

Die CDU wird die **Schaffung des Eigentums breiter Schichten** bei den großen städtebaulichen Maßnahmen der kommenden Jahre fördern und eine sinnvolle **Privatisierung des Wohnungsbestandes** der Wohnungsbaugesellschaften zum Zwecke der Vermögensbildung betreiben.

Die CDU hält **flexible Wohnungen**, die eine Anpassung des Zuschnitts an sich ändernde Familiengrößen ermöglichen, für besonders förderungswürdig. Die Erhaltung und **Modernisierung von Altbauten**, die in Citynähe modern ausgestatteten Wohnraum **zu tragbaren Mieten** schaffen, wird die CDU als Teil der öffentlichen Wohnungsbauförderung ebenfalls vorantreiben.

Planungen und Neuordnungen müssen von Verzögerungen und Verteuerungen durch Spekulation befreit werden. Die CDU wird daher der Verwaltung klar umrissene Aufträge und Zuständigkeiten geben, um öffentliche Interessen sinnvoll wahrnehmen zu können. Die CDU wird das Instrumentarium des Städtebauförderungsgesetzes sowie anderer

Gesetze und Gebote so anwenden, daß **bürgernahe Stadtplanung ohne Wettbewerbsvorteile für parteigesteuerte Mammutunternehmen** gewährleistet ist.

2. Modernes Verkehrskonzept statt Planungswirrwarr

Die Lebensqualität einer Großstadt wie Bremen oder Bremerhaven ist ferner in hohem Maße abhängig von einer funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Ziel einer richtig betriebenen Planung muß es deshalb sein, bei dem dringend erforderlichen Ausbau des Verkehrssystems den vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und technischen Anforderungen nicht nur unserer beiden Städte, sondern auch des niedersächsischen Umlandes hinreichend Rechnung zu tragen.

Angesichts der Tatsache, daß täglich über 60 000 Arbeitnehmer aus Niedersachsen ins Land Bremen einpendeln, hätten die Gemeinsame Landesplanung Bremen/Niedersachsen, das Stadtentwicklungsprogramm und der längst überfällige Generalverkehrsplan sorgfältig aufeinander abgestimmt sein müssen. Das alles ist nicht geschehen. Der SPD-Senat hat vielmehr die Lösung dieser Probleme seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt und dadurch die **Wohnqualität** und die **Wirtschaftskraft** Bremens und Bremerhavens **stark beeinträchtigt**.

Die wichtigsten Verkehrswege in Bremen sind gleichzeitig Autostraße und Gleiszone für die Straßenbahn sowie Fußgänger- und Radweg. Die Folgen sind eine rapide ansteigende Anzahl von Verkehrsunfällen, gegenseitige Behinderungen, Stauungen des Privatverkehrs, Überbeanspruchung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie Belästigungen durch Luftverunreinigung, Lärm und Schmutz.

- Statt der Vorlage eines Generalverkehrsplanes hat der SPD-Senat ein unübersehbares **Planungswirrwarr** verschuldet.
- Statt des Baus der von allen maßgeblichen Planern seit Jahrzehnten dringend empfohlenen Mozarttrasse hat die SPD jetzt aufgrund innerparteilicher Querelen eine gefährliche **Strangulation des innerstädtischen Verkehrs** heraufbeschworen und gleichzeitig **Steuergelder** von mehr als 30 Millionen **verschleudert**.
- Statt einer sinnvollen Führung des Durchgangsverkehrs sowie des innerstädtischen Berufs- und Wirtschaftsverkehrs werden durch die Planlosigkeit des SPD-Senats nicht nur die **Wohnqualität** ganzer Stadtviertel beeinträchtigt, sondern darüber hinaus auch der öffentliche Personennah-

verkehr stark behindert. Besonders beklagenswert ist die zunehmende **Gefährdung der Fußgänger**, vor allem der **Kinder** und der **älteren Menschen**.

Die bremische Verkehrsmisere ist nicht allein durch Verbote, ständig wechselnde Experimente und erst recht nicht durch eine einseitig autofeindliche Politik zu beseitigen.

Die CDU wird deshalb einen **lückenlosen Generalverkehrsplan erstellen**, der die Leitlinien für die Zukunft setzt und dem konzeptionslosen Dahinplanen der SPD endlich ein Ende bereitet. Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Erstellung eines leistungsfähigen Tangentenvierecks unter Einbeziehung der Osttangente –
- Störungsfreie Führung des Durchgangsverkehrs –
- Verkehrsgerechte Anbindung der City an die übrigen Stadtgebiete – Beseitigung des „Suchverkehrs“, der die Leistungsfähigkeit der Zufahrtsstraßen und Kreuzungen stark beeinträchtigt –
- Schaffung eines konkurrenzfähigen und attraktiven Nahverkehrssystems, das eine schnelle, pünktliche und vor allem bequeme Beförderung gewährleistet –
- Stadtbahnnetz, das in Vorstadtbereichen durch einen eigenen Gleiskörper und im Kerngebiet durch eine spezielle Verkehrsgestaltung Vorrang erhält –
- Kreuzungsfreie Regelung des die einzelnen Stadt- und Ortsteile durchlaufenden Verkehrs bzw. Ausbau der neuralgischen Kreuzungen –
- Schutz der Wohnviertel vor Lärm und Abgasen durch Freihalten vom Durchgangsverkehr –
- Errichtung von Ladestraßen und Ladehöfen, die den Klein- und Mittelbetrieben die Warenlieferung erleichtern –
- Errichtung von Autohäfen am Rande der Stadt und an den Autobahnzubringern zur Entlastung der Stadt vom Schwerlastverkehr –
- Ausbau der Fußgängerzonen –
- Erweiterung des Park-and-ride-Systems.

3. Solidarität der Generationen – Mehr tun für ältere Mitbürger

Die älteren Mitbürger sind in der Gefahr, von der Gesellschaft vergessen und in die Isolierung gedrängt zu werden. Dabei ist von Bedeutung, daß der früher selbstverständliche Rückhalt in der Familie in zunehmendem Maße geschwächt wird. Die älteren Bürger haben Anspruch auf die **Solidarität der Generationen**.

Im Lande Bremen stehen nur für jeden Zwanzigsten der über 65jährigen Bürger Altenwohnungen sowie Plätze in Altenheimen und Altenpflegeheimen zur Verfügung. Nach den vorliegenden Erfahrungen ist damit der Bedarf bei weitem nicht gedeckt. Hinzu kommt, daß das Land Bremen im Bundesdurchschnitt die kleinsten **Sozialwohnungen** hat und dadurch die Einbeziehung der Älteren in die Familien erschwert wird.

Die Sorge für die älteren Mitbürger darf sich nicht im Bau von Heimen erschöpfen. Die CDU tritt dafür ein, daß ihnen, wo immer möglich, die Geborgenheit in der Familie oder die Obhut eines anderen vertrauten Menschen verbleiben. Daneben räumt die CDU der **offenen Altenhilfe** Vorrang ein. Jeder alte Mensch soll so lange wie möglich ein eigenständiges Leben führen und frei entscheiden können, wie und wo er seinen Lebensabend verbringt.

Schwerpunkte der CDU-Politik sind:

- Gezielte Hilfen für Familien mit älteren Mitbürgern –
- Eine **humane Baupolitik**, welche die Einbeziehung der Älteren in die Familie fördert –
- Ergänzung der Landesbauordnung mit dem Ziel, daß im Rahmen der Bauvorhaben eine angemessene Zahl von Altenwohnungen eingeplant wird –
- Weiterer Ausbau der offenen Altenhilfe, um der Isolierung vorzubeugen: Haus- und Familienpflege, ambulante Krankenpflege, Mahlzeitendienst, Altenklubs und Altentagesstätten sowie Alternativerholung –
- Intensivierung des Baus und der Modernisierung von Altenwohnungen, Altenheimen und Altenpflegeheimen.

4. Mehr Sicherheit – mehr Fürsorge – mehr Vorsorge – Der Patient im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik

Gute Betreuung und das Vertrauen zu unseren Gesundheitseinrichtungen sind Voraussetzungen für optimale Behandlung. Die CDU stellt deshalb die Betreuung der Patienten in den Mittelpunkt ihrer gesundheitspolitischen Überlegungen.

Die gesundheitliche Vorsorge und Beratung im Lande Bremen ist nicht in allen Bereichen befriedigend organisiert. Obwohl Bremen über eine ausreichende Anzahl von Krankenhausbetten verfügt, läßt die Qualität der Unterbringung in den Krankenhäusern zum Teil zu wünschen übrig.

- Die CDU will, daß allen Bürgern Bremens und Bremerhavens ein umfassendes und zu einer Untersuchungskette verknüpftes **System von Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen** angeboten wird.

- Die CDU wird eine Verbesserung der Qualität der Krankenhausbetten über eine **Senkung der Bettenzahl** in den einzelnen Zimmern anstreben.

- Die CDU wird alle Maßnahmen zur **Senkung der Kosten** im Gesundheitswesen fördern. Hierbei kommen den freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern besondere Bedeutung zu.

- Die CDU wird die Selbstverantwortung des einzelnen für seine Gesundheit stärken durch **gezielte Aufklärung**, wie z. B. über die Folgen falscher Ernährung, des Mißbrauchs von Drogen und Rauschmitteln und allzu sorglosen Verhaltens in der Freizeit.

- Die CDU will zur Kostensenkung die **Liegezeiten** in den Krankenhäusern **herabsetzen** durch Koordination der medizinischen Versorgung zwischen Krankenhäusern und frei praktizierenden Ärzten sowie durch den Ausbau der Familienhilfen.

- Für die CDU muß sich die ärztliche und pflegerische Versorgung des Patienten im Krankenhaus an der Art seiner Erkrankung und damit an seinem individuellen Bedarf, nicht aber an seiner wirtschaftlichen Lage orientieren.

IV. Mehr Sicherheit für die Bürger Bremens und Bremerhavens

Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gewährt allen Bürgern ein hohes Maß persönlicher Freiheit. Das Grundgesetz enthält auch die Verpflichtung, diese Demokratie ständig auszubauen, zu verteidigen und zu schützen. Die Zunahme von Gewalt und Terror engt den persönlichen Freiheitsraum des einzelnen Bürgers auf unerträgliche Weise ein. Der demokratische Staat kommt in Verruf, wenn er damit nicht fertig wird und die Sicherheit der Bürger nicht garantieren kann.

Im Lande Bremen haben die **Gewaltverbrechen** besorgniserregend **zugenommen**, allein 1973/74 um 20,1 Prozent. Im Vergleich der Kriminalitätsdichte der Großstädte liegt Bremen noch vor Hamburg an vierter Stelle. Bremerhavens Kriminalitätsdichte erreicht (ebenfalls vor Hamburg) fast die Kriminalitätsdichte von Berlin. Zudem ist auch Bremen von der politisch motivierten Gewaltkriminalität betroffen. Die Polizei im Lande Bremen ist in mehreren Bereichen mangelhaft ausgerüstet und personell unterbesetzt.

1. Gewaltkriminalität bekämpfen

Für die CDU hat die Bekämpfung der Gewaltkriminalität im Rahmen der inneren Sicherheit Priorität.

Schwerpunkte des CDU-Programms sind:

- Einsatz von Polizeibeamten als Bürgerpolizisten in allen Teilen von Bremen und Bremerhaven, die ständig überschaubare Wohnbezirke überwachen –
- Beschleunigte Besetzung der offenen Planstellen bei der Schutzpolizei –
- Ausrüstung aller Dienstfahrzeuge der Kriminalpolizei mit Funkgeräten –
- Änderung des Haftrechts – einschließlich der Untersuchungshaft – damit eine rechtsstaatlich optimale Verbrechensbekämpfung möglich ist –
- Durchsetzung gesetzlicher Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Demonstrations- und Versammlungsrechts –
- Einrichtung von hochqualifizierten und bestausgestatteten Polizeieinheiten zur Bekämpfung organisierter Krimineller, vor allem der anarchistischen Gewaltverbrecher.

2. Gemeinsame Abwehr der Radikalen

Innere Sicherheit auf dem Gebiet des politisch motivierten Verbrechens ist nicht nur eine Frage von Ausrüstung, Ausstattung und personeller Besetzung der Polizei. Wir können nicht einen Zustand finanzieren oder gar wollen, wo letztlich jeder jeden bewacht. Der politischen Gewaltkriminalität wird nur dann ein Ende bereitet werden können, wenn die Demokraten den Gegnern unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung die Freiräume nehmen, die sie ihnen – gewollt oder ungewollt – selbst geschaffen haben.

Die CDU fordert daher:

- Keine Verharmlosung politisch motivierter Gewalttaten –
- Keine Bündnisse von Angehörigen demokratischer Parteien mit Radikalen, insbesondere an Hochschulen –
- Keine Aufnahme von Radikalen in den Staatsdienst –
- Schonungslose Offenlegung des wirklichen Ausmaßes der Kriminalität und der Unterwanderung der Staatsorgane durch Radikale.

3. Arbeitsfähigkeit der Justiz verbessern

Grundlage für friedliches Zusammenleben in der modernen Gesellschaft ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit einer funktionsfähigen und

unabhängigen Justiz. Sie aber ist im Lande Bremen durch Personalmangel, schlechtes Arbeitsklima und Bevorzugung von SPD-Genossen bei Beförderungen gekennzeichnet. Hinzu kommt, daß Systemveränderer der Bremer Universität die Ausbildung der künftigen Richter und Staatsanwälte in den Griff bekommen wollen. Entscheidende Ziele der CDU-Politik sind:

- Verbesserung des Rechtsschutzes für den einzelnen und Beschleunigung der Prozesse durch personellen und sächlichen Ausbau der Gerichte und Staatsanwaltschaften (insbesondere Arbeitsgerichte) –
- Ausbau der Rechtsberatung und des Rechtsschutzes für sozial Schwache, jedoch keine öffentliche Rechtsberatung durch Behörden –
- Verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität durch Schaffung von Spezialeinheiten –
- Bereitstellung besonders ausgebildeter Staatsanwälte und Fachleute zur Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten –
- Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit den notwendigen modernen technischen Hilfsmitteln.

4. Den Strafvollzug wirksamer gestalten

Im Mittelpunkt der Diskussionen um die Strafrechts- und Strafvollzugsreform stehen – fast ausschließlich – der Täter und seine Resozialisierung. Der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten ist jedoch eine wesentliche Aufgabe des Strafvollzugs. Darüber hinaus ist es wichtig, daß Straftäter nicht nur durch angemessenen Freiheitsentzug von weiteren Straftaten abgehalten werden, sondern daß sie auch nach ihrer Entlassung nicht wieder rückfällig werden.

- Für die CDU ist neben der Wiedereingliederung des Straffälligen auch die Sicherheit der Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern ein wesentlicher Vollzugszweck.
- Die CDU wird bei resozialisierbaren Strafgefangenen einen weitgehend offenen Vollzug einrichten.
- Die CDU wird sich für die Einführung des Sicherheitsvollzugs bei den Gefangenen einsetzen, die durch ihre Persönlichkeit eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen.
- Zur Herabsetzung der Zahl der Mehrfachtäter wird die CDU entlassenen Strafgefangenen durch ein auf den individuellen Fall zugeschnittenes Hilfsprogramm die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglichen bzw. erleichtern.

V. Gegen Machtverfilzung und Parteibuchwirtschaft

1. Machtkämpfe in der SPD

Die Bremer Sozialdemokraten haben sich in dreißigjähriger Herrschaft verbraucht und verschlissen. Dabei ist ihre Arroganz der Macht unerträglich. Zu Beginn dieses Jahres haben **interne Macht- und Flügelkämpfe, Führungsschwäche** und **Klassenkampfdanken** die tiefe Krise der Bremer SPD hinreichend deutlich gemacht. Parteitage der SPD sind zu **unkontrollierten Nebenregierungen** geworden, die über Wohl und Wehe des Bürgers nachhaltiger entscheiden als die frei gewählte Bürgerschaft und der Senat.

- 1972 zwang die SPD Bürgermeister Koschnick und Senator Seifriz, nicht mehr für Parteiämter zu kandidieren. Dafür übernahmen die **Linksexponenten** Scherf und Kunick die Macht.
- Seit 1973 vertreten große Teile der SPD gegenüber dem Senat das **imperative Mandat**.
- Im Herbst 1973 sprach sich der SPD-Landesvorstand in seinem Halbzeitpapier dafür aus, **wilde Streiks zu unterstützen**.
- Der SPD-Landesvorsitzende warf im Oktober 1974 dem Bundeskanzler Schmidt **Demagogie** vor, nachdem dieser die Theoretiker in der SPD hart kritisiert hatte.

2. Machtverfilzung im Lande Bremen

Die jahrzehntelange Herrschaft der SPD führte – wie auch in Berlin, München, Frankfurt und Hamburg – zu einer unerträglichen Machtverfilzung in Bremen und Bremerhaven.

- Die Sozialdemokraten haben über Bremen und Bremerhaven ein fein gewirktes **Netz von Abhängigkeiten** geworfen. Und wo immer ein Bürger an eine Masche dieses Netzes stößt – und diese Masche mag heißen, wie sie will:
Senat oder Behörde
Sanierungsgesellschaft oder Neue Heimat
Straßenbahn oder Arbeiterkammer
Stadtwerke oder Volkshochschule
Gesellschaft für öffentliche Bäder oder
Landeszentrale für politische Bildung –
immer ist es die SPD, die hinter allem steht, die alles gängelt.

- Der SPD-Landesvorsitzende bezeichnete eine Reihe von SPD-Bürgerschaftsabgeordneten als „**von Machtverfilzung bedrohte Genossen**“. Dennoch haben diese wieder vordere Plätze auf der SPD-Kandidatenliste zur Bürgerschaftswahl 1975 erhalten.
- Der SPD-Politiker Olaf Dinnè erhob sogar öffentlich den Vorwurf, **SPD-Abgeordnete** der Hansestadt seien durch Beraterverträge, Eigentumswohnungen, Geschäftsführerposten, Aufsichtsratssitze und andere Vergünstigungen „**gekauft**“ worden.

3. Sozialistisches Experimentierfeld Bremen

Die SPD macht in Bremen sozialistische Experimente, die für die Bundesrepublik Deutschland Modellcharakter haben sollen.

- Die von den Bremer Sozialdemokraten durchgesetzte Mitbestimmung an der Bremer Universität in Form der **Drittelparität** ist **verfassungswidrig**. Sie wird selbst von der Bundes-SPD abgelehnt.
- Das höchste Gericht in Bremen erklärte die von der SPD-Fraktion beschlossene **Juristenausbildung** für verfassungswidrig.
- Im Februar 1975 wurde ein sog. „**Revolutionspapier**“ bekannt, in dem linke Bremer SPD-Kreise Anweisung geben, „**Organisationen aufzubauen, die erfolgreich in der Stunde X mit der Errichtung des Sozialismus beginnen können**“.

4. Die CDU wird Parteibuchwirtschaft und Machtmißbrauch beseitigen

Die CDU im Lande Bremen wird der Parteibuchwirtschaft ein Ende machen. Nicht Genossenstatus, sondern allein Befähigung und Leistung müssen bei der Besetzung öffentlicher Ämter entscheidend sein. Die CDU bekämpft jede Gleichsetzung von Partei und Staat. Die CDU tritt an gegen alle Ideologen, gegen Dogmatismus und Materialismus.

Problemkatalog

- A** Abwanderung
Alkohol (siehe Suchtgefahren)
Altbauschulen
Alte Menschen
Ältere Arbeitnehmer
Alterssicherung
Arbeitslosigkeit
Arbeitsplätze
Ausbildungsförderung
Ausländische Arbeitnehmer
Außenhandel
Außenwirtschaftliche
Absicherung
- B** Bauhof
Bauplanung
Beamte
(siehe Öffentlicher Dienst)
Behinderte
Beiräte
Berufliche Bildung
Berufstätige Mütter
(siehe Frauen)
Bodenrecht
Bundesrat
Bundeswehr
Bürgerinitiativen
Bürgerpark
- C** „C“ in der CDU
Chancengleichheit
Columbus-Center
- D** Demokratisierung
Demonstrationsrecht
Demonstrativbauvorhaben
Deutschland
Drogen (siehe Suchtgefahren)

- E** Eigentum
Einwohnerzahl
Einzelhandel
Energiepolitik
Erwachsenenbildung
Erziehungsgeld
(siehe Frauen)
- F** Familienpolitik
Finanzen
Fischwirtschaft
Flughafen
Frauen
Freie Träger
Freizeit
- G** Geldwertstabilität
Generalverkehrsplan
Gesamthochschule
Gesamtschule
Gesundheit
- H** Häfen
Hausfrau (siehe Frauen)
Humanisierung der
Arbeitswelt
- I** Industrieansiedlung
Inflation
(siehe Geldwertstabilität)
Invalidität
(siehe Behinderte)
- J** Jugendarbeitslosigkeit
(siehe Arbeitslosigkeit)
Jugendpolitik
Juristenausbildung

- K** Kartelle (Konzentration)
Kernkraftwerk
Kindergärten (siehe
Vorschulische Erziehung)
Kinderspielplätze
Kleingärtner
Konzentration
Krankenhaus
(siehe Gesundheit)
Kriminalität
Kulturpolitik
- L** Länderneugliederung
Landesplanung
Landwirtschaft/
Landschaftspflege
Lehrermangel
Leistungsprinzip
Leitende Angestellte
Lohn- und Preisstopp
Luftverschmutzung
- M** Mitbestimmung (siehe
Unternehmensrecht)
Mittelständische
Wirtschaft
Mitwirkungsrechte in
der Schule
Mozarttrasse
(siehe Osttangente)
Müll
- N** Niedersächsisches Umland
Numerus clausus
- O** Öffentlicher Dienst
Öffentlicher Personen-
nahverkehr
Orientierungsstufe
Osttangente
- R** Radikale im öffentlichen
Dienst

Radio Bremen
Rehabilitation
(siehe Behinderte)

- S** Schifffahrt
Schulversuche
Selbständigkeit Bremens
(Neugliederung)
Sonderschulen
Soziale Marktwirtschaft
Sport
Stadtplanung
Stadtsanierung
Steuerreform
Strafvollzug
Studienreform
(Numerus clausus)
Suchtgefahren

T Tagesmütter (siehe Frauen)
Teilzeitarbeit
(siehe Frauen)

U Umweltschutz
Universität Bremen
Unternehmensrecht

V Verbraucher
Verbrechensbekämpfung
(siehe Kriminalität)
Vermögensbildung
Vollbeschäftigung
Vorschulische Erziehung

W Wachstum
Wasserreinhaltung
Werften
Wettbewerb
Wirtschaftskriminalität
Wohnen
Wohnungseigentum

Abwanderung

Im Zeitraum von 1960 bis 1973 verließen 130 Unternehmen Bremen. Davon siedelten sich 37 Betriebe des produzierenden Bereichs, der eine Schlüsselfunktion bei der wirtschaftlichen Entwicklung einnimmt, in der niedersächsischen Nachbarschaft an. Allein hierdurch gingen Bremen 2440 attraktive Arbeitsplätze verloren. Das sind 2,9 Prozent der bremischen Industriebeschäftigten. Während also in Bremen ein Rückgang der Arbeitsplätze festzustellen ist, nimmt in den meisten niedersächsischen Umlandgemeinden sowohl die Zahl der Arbeitsstätten als auch die Beschäftigtenzahl zu, und zwar in der Zeit von 1961 bis 1970 um fast 10 000 Personen. Das entspricht einer Steigerung von 25 Prozent. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Im gleichen Maße ist die Wirtschaftskraft Bremens geschwächt worden. Vor allen Dingen aber gingen uns wertvolle Arbeitsplätze verloren. Die CDU wird diesem bedrohlichen Substanzverlust Einhalt gebieten. Sie wird sowohl für die Betriebe als auch für die in ihnen tätigen Menschen wieder vernünftige Arbeitsverhältnisse schaffen.

Altbauschulen

Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf modern eingerichtete Schulen. Bis 1980 und weit darüber hinaus wird auch in Bremen der größte Teil von ihnen ältere und Altbauschulen im herkömmlichen Sinne besuchen. Diese Schüler haben ein Anrecht auf Chancengleichheit. Die CDU im Lande Bremen fordert daher seit Jahren, daß die Ausstattung der Altbauschulen denen der Neubauten angepaßt wird, damit diese Altbauschulen wenigstens funktionsfähig erhalten werden. Die Bemühungen um die Verbesserung der Schulbauten und der Ausstattung der Schulen dürfen nicht auf die Neubauten und insbesondere die Gesamtschulen beschränkt werden.

Alte Menschen

Die steigende Lebenserwartung und die Veränderung der sozialen Struktur lassen die Sorge um die zahlenmäßig zunehmende ältere Generation zu einem wichtigen Anliegen der Gemeinschaft werden. Im Sinne einer vorausschauenden, zukunftsorientierten und aktiven Sozialpolitik muß daher mit einem vielfältigen und abgestuften System materieller, sozialer und gesundheitlicher Hilfen dazu beigetragen werden, die Lebenssituation der älteren Mitbürger zu verbessern. Sie müssen vor Isolierung und Vereinsamung geschützt werden; und es sind ihnen diejenigen Hilfen anzu-

bieten, die den altersbedingten Behinderungen vorbeugen oder ihre Folgen mindern können.

Altenhilfe muß vorrangig Hilfe zur Selbsthilfe sein, so daß die älteren Mitbürger so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung verbleiben können. Die Baugesellschaften sollten die gesetzliche Auflage bekommen, eine bestimmte Anzahl von Altenwohnungen in Neubau- und Sanierungsgebieten einzurichten. Dies muß einhergehen mit dem Ausbau der „sozialen Dienste“ in der Altenhilfe. Der Altenplan ist der ständigen Entwicklung anzupassen und regelmäßig fortzuschreiben.

Ältere Arbeitnehmer

Das Problem der älteren Arbeitnehmer liegt nicht so sehr in ihrer unzureichenden Versorgung. Über die materielle Sicherung hinaus müssen ihnen zur besseren Integration in die Gesellschaft ihrer Situation angemessene Aufgaben und Funktionen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt zugewiesen werden. Die spezifische Leistungsfähigkeit des älteren Arbeitnehmers muß bei der Gestaltung der Betriebsabläufe und Arbeitsplätze berücksichtigt werden.

Der Gefahr, daß insbesondere die älteren Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen werden, ist durch einen verbesserten Kündigungsschutz vorzubeugen. Für ältere Arbeitnehmer müssen ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind die Möglichkeiten tarifvertraglicher und innerbetrieblicher Vereinbarungen zu nutzen. So kann der ältere Arbeitnehmer seine langjährige Berufserfahrung voll einsetzen und vermitteln.

Alterssicherung

Ein gut ausgebautes und ausgewogenes System der Alterssicherung entspricht der Würde des Menschen. In der aktuellen sozialpolitischen Diskussion bedeutet das vor allem Hilfen für die Rentner, die von der inflationären Entwicklung am meisten betroffen und benachteiligt sind. Dazu gehören unter anderem die allgemeine Einführung der Rente nach Mindestverdienst sowie eine funktionsgerechte und konsequente Neuregelung der Finanzierung der Rentnerkrankenversicherung, die nicht auf die Ersatz- und Ortskrankenkassen abgeschoben werden darf. Die betriebliche Altersversorgung ist eine wichtige Ergänzung der sozialen Sicherheit.

Alle Frauen sollen einen eigenen Rentenanspruch erhalten; Jahre, in denen die Frauen Hausfrauen- und Erziehungsarbeit geleistet haben, sollen bei der Berechnung der Rentenhöhe mitzählen, und sie erhalten die Hälfte

des Rentenanspruchs des Ehemannes. In der Rentenberechnung werden Witwen und Witwer gleichgestellt, Renten – die für Witwer und Witwen gleichmäßig auf 75 Prozent des gemeinsamen Rentenanspruchs erhöht werden – werden aber nur gezahlt, wenn Erwerbstätigkeit nicht zumutbar ist (Partnerrente).

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedeuten nicht nur finanzielle Probleme für die Betroffenen. Arbeitslosigkeit, aber auch Kurzarbeit sind insbesondere ein soziales Problem, oft verbunden mit sozialem Abstieg. Im Frühjahr 1975 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 1,2 Mill. Arbeitslose und eine Million Kurzarbeiter. Nach Aussage der Bundesregierung wird das gesamte Jahr 1975 von einer hohen Arbeitslosenquote und einer großen Zahl von Kurzarbeitern gekennzeichnet sein.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Zunahme der Arbeitslosen unter den Jugendlichen. Wenn am Beginn eines Arbeitslebens Arbeitslosigkeit steht, zweifelt der junge Mensch an dieser Gesellschaft und an der Gesellschaftsordnung. Neben den allgemeinen Anstrengungen, die überaus schlechte Arbeitsmarktlage zu beheben, ist es daher notwendig, gerade für den Kreis jugendlicher Arbeitsloser besondere Maßnahmen zur Behebung dieses Problems zu ergreifen. Die CDU hat ein solches Programm dem Bundestag und der Öffentlichkeit vorgelegt.

Arbeitsplätze

Die Politik der CDU verfolgt das Ziel, gute und gesicherte Arbeitsplätze zu gewährleisten. Jeder Arbeitnehmer sollte einen seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Arbeitsplatz erhalten. Diesem Erfordernis hat der Senat bisher weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht Rechnung getragen.

Im Gegensatz zu vergleichbaren Ballungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich im Lande Bremen bereits seit den 60er Jahren eine Stagnation und neuerdings sogar ein Rückgang der Industriebeschäftigung ab. Es wird deshalb zu den vordringlichen Aufgaben bremischer CDU-Politik gehören, dieser bedenklichen Arbeitsplatzentwicklung durch eine angemessene Strukturpolitik (siehe Vollbeschäftigung) Einhalt zu gebieten.

Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung für alle Ausbildungswege soll die Chancengleichheit der jungen Menschen verbessern und ist darum abhängig von

der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern oder anderen Unterhaltspflichtigen. Die Grenzen der Eigenleistungen müssen so bemessen sein, daß gerade die gesellschaftlichen Mittelschichten nicht über Gebühr belastet werden. Da insbesondere ein Studium und der Erwerb eines akademischen Grades eine erhebliche finanzielle Belastung für die Allgemeinheit sind, sollte ein Teil der aus öffentlichen Mitteln geleisteten Ausbildungsförderung – im Rahmen einer angemessenen Zeit nach Abschluß des Studiums – zurückgezahlt werden. Die Höhe der Ausbildungsförderung muß den allgemeinen wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechen.

Ausländische Arbeitnehmer

Auch in Zukunft werden in Bremen und Bremerhaven ausländische Arbeitnehmer einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt leisten. Gegenüber diesen ausländischen Bürgern und ihren Familien haben Staat und Gesellschaft Pflichten.

Das Rotationsprinzip im Sinne eines staatlichen Rückwanderungszwanges nach einer kurz- bis mittelfristigen Verweildauer wird von der CDU abgelehnt. Den zu beobachtenden Prozeß der kurz- bis mittelfristigen freiwilligen Rückkehr einer hohen Anzahl von ausländischen Arbeitnehmern soll hingegen auch in Zukunft in keiner Weise entgegengewirkt werden.

Die CDU wird alle gesetzlichen Möglichkeiten zum Schutze ausländischer Arbeitnehmer vor Ausnutzung, illegaler Anwerbung und Einwanderung sowie illegaler Beschäftigung voll ausschöpfen. Der Mietwucher gegenüber Ausländern ist energisch zu bekämpfen. Die Bildungschancen für die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer sind durch besondere Forderkurse zu verbessern.

Außenhandel

Bremens Stellung als internationale Handelsstadt muß gestärkt und ausgebaut werden. Als wichtige Drehscheibe für den Ein- und Außenhandel hat der Großhandelsplatz Bremen eine spezielle volkswirtschaftliche Funktion – nicht nur für die nordwestdeutsche Region, sondern darüber hinaus für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe gehören nach Meinung der CDU eine Förderung der ausschließlich mittelständischen Groß- und Außenhandelsbetriebe, eine großzügige Infrastruktur und nicht zuletzt ein investitionsfreundliches Klima.

Außenwirtschaftliche Absicherung

Eine Stabilisierung der Wirtschaftsprozesse ist ohne eine außenwirtschaftliche Absicherung, insbesondere durch funktionsfähige Wechselkurse, nicht möglich; das gilt für den Bereich der EG auch gegenüber Drittländern, sobald die Wirtschafts- und Währungsunion erreicht ist. Bis dahin aber dürfen wir uns nicht zu einseitigen Konzessionen bewegen lassen, die unsere Bemühungen um Stabilität von vornherein zum Scheitern verurteilen.

Bauhof

Die Bremische Bauverwaltung ist in fast vierzig Dienststellen über das gesamte Stadtgebiet verstreut. Das ist auf die Dauer sowohl für die Bürger, die diese Verwaltung in Anspruch nehmen müssen, als auch aus ökonomischen Gründen ein unhaltbarer Zustand. Der Senat hat sich aber in den vergangenen Jahren als unfähig erwiesen, das Problem zu lösen. Durch Fehlplanungen sind sechs Millionen Mark Steuergelder verschleudert worden, ohne daß auch nur ein einziger Spatenstich erfolgt wäre. Auf Initiative der CDU wurde der Rechnungshof in die Affäre eingeschaltet, um die offensichtliche Verschwendung öffentlicher Gelder zu überprüfen. Die CDU tritt für einen Bauhof ein, der finanziell und städtebaulich vertretbar und dessen Standort am Rembertikreis in ein Verkehrskonzept eingebettet ist. Sie lehnt ein aufwendiges Hochhaus nach wie vor ab.

Bauplanung

Planung und Erschließung von Bauland aller Art muß vorausschauend erfolgen, damit auf dem Grundstücksmarkt ein ausreichendes Angebot an geeigneten Baugrundstücken in den einzelnen Stadtteilen entsteht. Dies gilt vor allem für den Bedarf an Einfamilienhäusern und Gewerbegrundstücken, die regelmäßig Mangelware sind. Durch ein zu geringes Angebot entstehen ungerechtfertigte Preissteigerungen.

Die Planung neuer Wohngebiete muß besser als bisher mit der Gesamtplanung abgestimmt werden. Neue Baugebiete dürfen nur dort ausgewiesen werden, wo die Anbindung des neuen Stadtteils mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln und ausreichenden Straßen zur Innenstadt und zu Nachbarstadtteilen sichergestellt ist. Die Wünsche von Baugesellschaften dürfen nicht maßgebend sein.

In Altbaugebieten ohne modernen Bebauungsplan muß mit Hilfe neuer Baupläne eine wilde Bebauung verhindert werden.

Behinderte

Mehr noch als an materiellem Wohlstand muß sich die Gesellschaft daran messen lassen, welches Verständnis sie für diejenigen aufbringt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Das gilt in besonderem Maße für die Behinderten. Daher müssen alle Möglichkeiten einer fortschrittlichen Behandlung und Rehabilitation im medizinischen wie im beruflichen Bereich für die Behinderten ausgeschöpft werden, damit diese einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft finden. Die Gestaltung von Arbeitsplätzen, die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Förderung der Arbeits- und Sozialmedizin durch Einrichtung entsprechender Lehrstühle an den Universitäten in ausreichender Zahl sowie die Sicherstellung der werksärztlichen Betreuung dienen der Vor- und Fürsorge für Behinderte. Die Rehabilitation aller gesundheitlich Geschädigten sowie deren ausreichende materielle Absicherung muß Bestandteil einer Politik für den Menschen sein. Jedes behinderte Kind und jeder behinderte Jugendliche hat Anspruch auf besondere Förderung in Schule und Ausbildung. Den bestehenden Werkstätten für Behinderte sollten Wohnheime angegliedert werden, damit die dort Tätigen auch im Alter versorgt sind.

Um eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Rehabilitation der Behinderten zu schaffen, müssen Wohnungen und öffentliche Bauten, private Versorgungseinrichtungen und öffentliche Verkehrsmittel behindertengerecht gebaut werden.

Entsprechend der Regelung „Kunst im öffentlichen Raum“ müssen alle Bau-träger verpflichtet werden, einen Teil der Bausumme für Einrichtungen in und an den Bauten auszugeben, die den behinderten Bürgern das Leben erleichtern.

Beiräte

Nachdem es schon lange Ortsamtsbeiräte vor allem in den Außenbezirken Bremens gegeben hatte, wurden 1972 auch in den übrigen Teilen der Stadt Bremen Stadtteilbeiräte gebildet. Sie haben zunehmende Bedeutung erhalten, zumal ihre Beratungen und Initiativen in der Öffentlichkeit sehr großes Gehör finden. Die Beiräte haben sich vor allem zu Kontrollinstanzen der Verwaltung entwickelt. Insbesondere im Baubereich konnten die Beiräte dank ihrer Bürgernähe verschiedentlich örtliche Interessen durchsetzen. Allerdings sollten bei der Behandlung der örtlichen Interessen die Anliegen der Gesamtbevölkerung berücksichtigt werden. Bei der notwendigen Weiterentwicklung der Beiräte tritt die CDU für deren unmittelbare Wahl bei den Bürgerschaftswahlen durch Zweitstimmen ein.

Berufliche Bildung

Obwohl mehr als zwei Drittel der jungen Generation den Weg durch die Berufsschule nehmen, ist der berufsbildende Bereich sehr vernachlässigt worden. Die vielen Auszubildenden haben jedoch dasselbe Recht auf Chancengleichheit und Förderung wie ihre Altersgenossen in den anderen Schulen.

Wenn das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von „allgemeiner“ und beruflicher Bildung ernst gemeint ist – für die CDU gilt das –, ist es unverantwortlich, daß überproportional hohe Millionenbeträge für eine Minderheit von jungen Menschen in der Bremer Universität ausgegeben werden, während für die Mehrheit der jungen Generation, für die berufliche Jugend, wesentlich geringere Mittel zur Verfügung stehen.

Zu den wichtigsten Aufgaben im Bereich der beruflichen Bildung gehören:

- die Verbesserung der beruflichen Teilzeitschulen als ein Grundelement des im Prinzip bewährten dualen Systems, das in Partnerschaft von Staat und Wirtschaft weiterzuentwickeln ist,

- die verstärkte Abstimmung mit den allgemeinbildenden Schulen, um für die Hauptschüler, die Absolventen mit mittlerem Abschluß oder mit Abitur die Möglichkeit des Einstiegs in die berufliche Bildung zu verbessern,

- die Weiterentwicklung der beruflichen Ausbildungsgänge, die auf dem mittleren Abschluß aufbauen mit dem Ziel, praxisnahe und bedarfsgerechte Ausbildungsgänge für den Bereich der mittleren Führungskräfte zu schaffen, und

- die Entwicklung von attraktiven Alternativen zum Studium, um den Trend zum Hochschulstudium und einer übersteigerten Akademisierung entgegenzuwirken.

Bodenrecht

Die gegenwärtige Bodenordnung entspricht in weiten Bereichen nicht mehr den Anforderungen der Gesellschaft, wenn auch das Bundesbaugesetz besser ist als sein Ruf. Zu beanstanden ist, daß der Planungsgewinn in vollem Umfang dem Eigentümer verbleibt, während die Gemeinde die entstehenden Kosten zu tragen hat. Die Planungsgewinnabschöpfung fällt in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Hier eine gerechte Lösung zwischen den Interessen des Eigentümers und den Interessen der Allgemeinheit herbeizuführen, bleibt eine wichtige Aufgabe.

Dabei lehnt die CDU alle Versuche, den Grund und Boden zu verstaatlichen, ab. Denn das private Eigentum an Grund und Boden dient dem Schutz eines unantastbaren Kernbereichs der Lebensgestaltung und der Zukunftsvorsorge des Bürgers.

Bundesrat

Die Kontroverse um die Stellung des Bundesrates hat der Bevölkerung die Bedeutung dieses Organs bewußt gemacht. Die Bundesregierung hat behauptet, der Bundesrat entwickle sich „zu einer Gegenregierung“. Den Unionsparteien wird damit ein Mißbrauch des Bundesrates unterstellt.

Welche Aufgaben und Funktionen erfüllt der Bundesrat jedoch tatsächlich? Der Bundesrat wirkt nach Artikel 50 GG an der Gesetzgebung des Bundes mit und berücksichtigt dabei auch Länderinteressen. Er ist ein Bundesorgan. Lehnt der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ab, so zeigen sich nicht die Länder „widerspenstig“, sondern das eine Bundesorgan hat dann eine andere Auffassung in dieser Frage als ein anderes Bundesorgan. Der Bundesrat betreibt keine Obstruktionspolitik, sondern hat im Gegenteil in der Vergangenheit bewiesen, daß er trotz unterschiedlicher Mehrheitsverhältnisse zu konstruktiver Partnerschaft mit Bundestag und Bundesregierung bereit ist.

Bundeswehr

Wehrdienst ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens und dient der Bewahrung unserer freiheitlichen Grundordnung. Aktive Friedenspolitik setzt die Bereitschaft jedes einzelnen voraus, selbst für die Bewahrung des Friedens einzutreten.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß in Schulen auf Sinn und Aufgabe der Landesverteidigung hingewiesen wird. Es ist erforderlich, eine sachgerechte Information über die Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) wie über die wichtige Rolle der Bundeswehr in diesem Bündnis zu geben, denn die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis ist die beste Gewähr für die Sicherung des freiheitlichen Rechtsstaates.

Bürgerinitiativen

In einer parlamentarischen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland ist es vor allem Aufgabe der Parteien, den Volkswillen innerhalb der Parlamente zum Tragen zu bringen. Sie haben aber nicht allein die Aufgabe, die politische Willensbildung des Volkes zu betreiben, sondern sie wirken daran nur mit. Sie sind darauf angewiesen, daß die Bürger als einzelne und im Rahmen von Vereinen und Verbänden ihre Anliegen vortragen. Zwischen diesen nur zu oft widerstreitenden Interessen muß ein Kompromiß im Sinne des Wohls aller gefunden werden.

In diesem Zusammenhang haben auch die Bürgerinitiativen ihren legitimen Platz. Anders als Vereine oder Verbände haben sie zunächst nur ein wesentliches Anliegen und sind nicht auf Dauer angelegt. Häufig zeigen sie den Politikern und der Verwaltung, wo bei ihren Planungen und Entscheidungen wichtige Anliegen übersehen wurden. Diese erhalten so die Möglichkeit, Fehler zu korrigieren oder sachgerechte Kompromisse zu finden.

Bürgerpark

Der Bürgerpark im Herzen der Stadt Bremen bietet vielen Bürgern Erholung und Entspannung. Von Zeit zu Zeit tauchen Pläne auf, den Bürgerpark anzutasten, indem Straßen bzw. Hochstraßen Teile des Grün in Asphalt verwandeln sollen.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß derartige Pläne nicht verwirklicht werden. Der Bürgerpark muß in vollem Umfang der Bevölkerung der Stadt Bremen erhalten bleiben.

„C“ in der CDU

Der Mensch ist ein freies, sich selbst bestimmendes Wesen. Freiheit und Würde des einzelnen dürfen nicht im Namen anderer Werte aufgehoben werden. Die Freiheit des einzelnen, die ihre Grenze dort findet, wo sie den Freiheitsraum des anderen verletzt, bedeutet die Aufforderung zur Selbstverwirklichung. Politik verlangt das Offenlegen der Wertentscheidungen, an denen sich politische Zielvorstellungen orientieren. Die CDU orientiert ihre Politik an einem Menschenbild, das durch christliche Wertvorstellungen geprägt ist. Das christlich geprägte Menschenbild – berücksichtigt gleichermaßen den individuellen wie auch den sozialen Aspekt der menschlichen Natur,

- anerkennt die Fähigkeit des Menschen zu rationaler Selbsterkenntnis und eigenverantwortlichem Handeln sowie seine Unvollkommenheit,
 - verpflichtet zur Achtung der Personalität des Mitmenschen und zur Toleranz gegenüber dessen Anschauungen,
 - fordert Solidarität und Opferbereitschaft vor allem gegenüber den Schwachen, Unterdrückten, Notleidenden und sozial Benachteiligten dieser Welt,
 - verlangt Hilfe nicht als Almosen, sondern als Ausgangspunkt zur Selbsthilfe und
 - verwirft die Annahme, Befriedigung materieller Bedürfnisse allein sei Voraussetzung einer wahrhaft gerechten Ordnung.
- Insofern ist Politik aus christlicher Verantwortung Dienst am Menschen und an der Gesellschaft.

Chancengleichheit

Die CDU will die Gleichheit der Chancen für alle Bürger. Sie akzeptiert aber die Ungleichheit der Ergebnisse menschlichen Handelns als notwendige und auch nicht negativ zu bewertende Folge der Ungleichheit des Menschen. Die Förderung ihrer Begabungen verlangt also die Berücksichtigung von naturgegebenen Unterschieden, denn es gibt die verschiedensten Begabungsrichtungen. Keine Begabung ist beliebig machbar, keine der anderen prinzipiell überlegen. Es geht also weniger darum festzustellen, daß Ungleichheit besteht, als wie sie bewertet wird. Wenn trotz Chancengleichheit die Ergebnisse ungleich sind, muß dies als eine legitime, in Solidarität getragene Folge menschlicher Ungleichheit anerkannt werden. Diese Einstellung zur Ungleichheit der Ergebnisse hängt natürlich entscheidend davon ab, daß die Chancengleichheit verwirklicht wird. Das betrifft einmal den Ausgleich solcher Ungleichheiten, die zwar auf ungleiche individuelle Möglichkeiten zurückgehen, für die der einzelne aber nicht verantwortlich ist, zum anderen die Ungleichheit, daß die einzelnen trotz formaler Chancengleichheit ungleichen Zugang zu den Machtchancen haben.

Wer die Ungleichheit der Ergebnisse als Folge unterschiedlicher Leistungen auf Grund verschiedener menschlicher Voraussetzungen akzeptiert, muß dafür sorgen, daß die Leistungsgerechtigkeit durch Chancengleichheit gewährleistet bleibt. Das Leistungsprinzip im Sinne der gesellschaftlichen Anerkennung des geleisteten Beitrages des einzelnen – und damit auch unterschiedlichen Anerkennung unterschiedlicher Leistungen – hat die Gleichheit der Chancen zur Voraussetzung. Die Gleichheit der Chancen muß angestrebt werden, obwohl sie nicht gänzlich zu verwirklichen sein dürfte.

Columbus-Center Bremerhaven

Die Stadt Bremerhaven besitzt an der Ostseite des alten Hafens eine unbebaute Grundstücksfläche in der Größe von ca. 30 000 Quadratmetern. Der Gedanke, in dieser zentralen Lage einen Stadtmittelpunkt – den es bislang nicht gibt – zu errichten, ist durchaus erwägenswert. Die CDU in Bremerhaven hat deshalb an der Verwirklichung dieses Gedankens mitgearbeitet, z. B. auch bei der Durchführung des von der Neuen Heimat veranstalteten Architekten-Wettbewerbs.

Die wirtschaftlichen Gegebenheiten haben sich jedoch fast schlagartig gewandelt. Deshalb stellt sich die Frage, ob das Columbus-Center wegen der ungewöhnlich hohen Baukosten überhaupt eine wirtschaftliche Nutzung zuläßt. Die CDU tritt deshalb dafür ein, die Realisierung des

Objektes von einer vertretbaren Kostenbelastung für die Stadt Bremerhaven abhängig zu machen.

Demokratisierung

Die Demokratie als ein System freiheitlicher Konfliktregelung ist weder ein allgemeines Gestaltungsprinzip der Gesellschaft noch lediglich Ordnungsprinzip des Staates. Die Anwendung demokratischer Prinzipien über den politischen Ordnungsrahmen des Staates hinaus auch in gesellschaftlichen Bereichen ist sinnvoll und wünschenswert, wenn vorhandene Interessengegensätze auszutragen sind. Darum sind mehr Machtkontrolle, Wettbewerb, Öffentlichkeit, Durchsichtigkeit, Information und Mitwirkung in Staat und Gesellschaft nötig.

Eine schematische Übertragung demokratischer Verfahren und Strukturen auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen unabhängig von ihren spezifischen Zwecken und Funktionen gefährdet dagegen individuelle Freiheitsrechte und führt zu einer weitgehenden Funktionsunfähigkeit der jeweiligen Sachbereiche. Die konkrete Anwendung demokratischer Strukturen und Verfahren in nichtstaatlichen Bereichen ist immer nur aus den Funktionen und Zwecken dieser Bereiche selbst zu begründen.

Demonstrationsrecht

Die CDU bekennt sich zum Demonstrationsrecht, wie es durch die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit nach den Artikeln 5 und 8 GG in der Bundesrepublik Deutschland gesichert und begrenzt ist. Sie wehrt sich aber gegen einen Mißbrauch, insbesondere dadurch, daß Bürger in ihrem Alltagsleben behindert sowie Menschen und Sachen angegriffen und verletzt bzw. beschädigt werden. In diesen Fällen tritt die CDU für ein strengeres Vorgehen gegen ungesetzliche Handlungen ein.

Demonstrativbauvorhaben

Das Demonstrativbauvorhaben in Osterholz-Tenever gehört zu den Fehlleistungen bremischer Baupolitik. Weder soziologisch noch ökonomisch entspricht der Betonklotz an der Autobahn den Bedürfnissen des einzelnen Bürgers und der Gesellschaft. Die übermäßig hohe Verdichtung in diesem Gebiet widerspricht den Vorstellungen der CDU vom „humanen Wohnen“ und treibt die Kosten unnötig in die Höhe. Hinzu kommt, daß eine sachgerechte Verkehrsverbindung fehlt. Die unterirdischen Garagen werden von vielen Bewohnern nur widerwillig ange-

nommen. Die geplanten 4000 Wohnungen haben sich längst als „fehlgeplant“ herausgestellt.

Die CDU hat den Senat mehrfach aufgefordert, das Bauvorhaben nach Möglichkeit einzuschränken und im übrigen endlich Bebauungspläne für den Bereich des Objektes vorzulegen.

Deutschland

Eine Deutsche Nation bestand schon vor der staatlichen Einigung im Jahre 1871; sie hat auch die Teilung durch die Siegermächte nach 1945 überdauert. Die CDU bekennt sich daher voll zur Deutschen Nation und dem Auftrag des Grundgesetzes, auch die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die CDU verurteilt auf das schärfste die gewaltsame Trennung der beiden Teile Deutschlands und seiner Bürger durch die Sowjetunion und die Regierung der DDR. Sie wird jede Verfälschung des Begriffs der Deutschen Nation insbesondere durch die DDR bekämpfen.

Die CDU fordert eine Deutschlandpolitik – im Bündnis mit den USA und der NATO –, der das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugrunde liegt. Sie wird darüber wachen, daß weder die Bundesregierung noch der Bremer Senat eine dem Grundgesetz widersprechende Politik betreiben.

Eigentum

Die CDU bejaht das private Eigentum als wesentlichen Bestandteil unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Sie fördert die Bildung eines breitgestreuten und persönlich verfügbaren Eigentums auch am Produktivvermögen. Privates Eigentum ist für sie der sozialen Verpflichtung verbunden und hat allen Bürgern zu dienen (siehe Vermögensbildung).

Einwohnerzahl

Die Entwicklungspläne des Landes Bremen (Bremen und Bremerhaven) gingen von einer Einwohnerzahl im Jahre 2000 von 1 Mill. aus. Nach vorliegenden Prognosen kann diese Zahl aus internem Wachstum der Bevölkerung nicht erreicht werden. Im Gegenteil: Bis zum Jahre 2000 wird die Bevölkerung des Landes Bremen bei anhaltendem Geburtenrückgang und Abwanderung auf 670 000 absinken.

Diese Tendenz ist für die wirtschaftliche infrastrukturelle Entwicklung Bremens und für die Selbständigkeit des Landes nicht ohne Bedeutung. Die CDU wird dafür sorgen, daß die Konsequenzen dieser Entwicklung sorgfältig analysiert und durch geeignete Gegenmaßnahmen Schaden von Bremen abgewendet wird (siehe Abwanderung, Bauplanung).

Einzelhandel

Im Rahmen der zu erhaltenden Vielfalt in unserer Gesellschaft kommt dem Einzelhandel besondere Bedeutung zu. Mit seinem umfangreichen Angebot an Waren und Dienstleistungen muß er eine fundamentale verbrauchsnahe Versorgungsaufgabe erfüllen.

Die CDU tritt für einen leistungsfähigen Einzelhandel als Teil unserer marktwirtschaftlichen Ordnung ein und unterstützt alle Maßnahmen, die die wirtschaftliche Ausgewogenheit zwischen allen Unternehmensgrößen und Betriebsformen zum Ziel haben. Damit spricht sich die CDU auch für eine aktive Selbsthilfepolitik des mittelständischen Einzelhandels aus. Die CDU lehnt allerdings alle Formen eines ruinösen Wettbewerbs im Einzelhandel ab. Aktuelles Beispiel hierfür sind die Pläne für die Ansiedlung eines Supereinkaufszentrums von 30 000 qm Verkaufsfläche in der Vahrer Straße. Durch eine Massierung von Einkaufszentren entstehen letztlich auch dem Verbraucher Nachteile, da durch Konzentration die Vielfalt des Angebotes ausgeschaltet wird.

Energiepolitik

Richtige Energiepolitik bedeutet für die CDU in erster Linie Versorgungssicherheit. Die Versorgung muß aber auch preisgünstig sein – und zwar für alle Abnehmer. Das bedeutet, daß die Preisgestaltung für Tarifabnehmer den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechend geregelt wird. Für Sonderabnehmer muß sie flexibel gehandhabt werden. Bremen kann es sich im Interesse seiner Bürger und seiner Wirtschaftskraft auf die Dauer nicht leisten, auch auf diesem wichtigen Gebiet schlechtere Bedingungen als seine Nachbarländer anzubieten.

Die CDU wird dafür Sorge tragen, daß die Belieferung mit sicherer Energie zu angemessenen Preisen durch den rationellen Einsatz kostengünstiger Energieträger garantiert wird (siehe Kernkraftwerk).

Erwachsenenbildung

Bildung ist ein ständiger Prozeß, der sich auch nach dem Eintritt in das Berufsleben fortsetzen muß. Erwachsenenbildung umfaßt dabei berufliche Fort- und Weiterbildung ebenso wie die allgemeine, kulturelle und politische Bildung. Diese Formen sind gleichberechtigt. Jede direkte oder indirekte Bevorzugung von Maßnahmen, etwa politischer gegenüber allgemeiner oder kultureller Bildung, ist abzulehnen. Bei der öffentlichen Förderung müssen öffentliche und freie Träger (z. B. Sportvereine, Gewerkschaften, Kirchen) gleichbehandelt werden. Jede Einseitigkeit bei

der Förderung der Träger muß vermieden werden; die Pluralität von Einrichtungen und Angeboten ist zu sichern.

Familienpolitik

Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat; deshalb muß Schutz und Förderung der Familie ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung sein. Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie.

Finanzen

Die Staatsfinanzen des Landes Bremen sind nicht mehr in Ordnung. Voraussetzung jeder Politik, die sozial und reformerisch sein will, sind jedoch geordnete Finanzverhältnisse. Die CDU wird ihr Programm deshalb auf der Grundlage solider mittelfristiger Finanzplanung vollziehen. Nicht alle Probleme unseres Landes können gleichzeitig gelöst werden. Sie fordert größte Sparsamkeit in Bund, Ländern und Gemeinden. Der zunehmenden Verschuldung des Staates muß Einhalt geboten werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes Bremen beträgt heute 3000,- DM. Im Interesse der Solidarität der öffentlichen Finanzen darf die Verschuldung nicht weiter zunehmen. Unerfüllbare Zukunftserwartungen dürfen beim Bürger nicht geweckt werden.

Der Ausuferung der Stellenpläne und Personalkosten im öffentlichen Dienst muß Einhalt geboten werden. Die Verschwendung von Steuermitteln durch überzogene Propaganda des bremischen Senats muß beendet werden.

Jede neue Aufgabe der öffentlichen Hand und jedes Gesetzesvorhaben müssen rechtzeitig und gewissenhaft einer Kosten/Nutzenprüfung unterzogen werden. Dabei sind insbesondere auch alle Folge- und Nebenkosten einzubeziehen, die einer anderen Ebene der öffentlichen Verwaltung oder Dritten entstehen.

Fischwirtschaft

Nach der letzten Statistik war der Fischereihafen von Bremerhaven mit 37,1 Prozent am Gesamtumschlag der Seefischmärkte des Bundesgebietes beteiligt.

Mit den in Bremerhaven ansässigen Reedereien der Hochsee- und Kutterfischerei sowie den Unternehmen der Fischbe- und -verarbeitung bestimmt der Fischereihafen maßgeblich die Wirtschaftskraft Bremerhavens.

In diesem wichtigen Wirtschaftszweig Bremerhavens sind rund 7200 Personen beschäftigt, davon ca. 4200 in 72 fischverarbeitenden Betrieben und rund 3000 bei der Hochsee- und Kutterfischerei. Rechnet man die im Bremerhavener Fischereihafengebiet ansässigen Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe hinzu, erhöht sich die Zahl der Beschäftigten um ca. 3000, so daß rund 10 000 Menschen in Bremerhaven entweder unmittelbar oder mittelbar durch die Fischwirtschaft beschäftigt werden.

Da der größte Teil dieser Menschen beim Fang und in allen Sparten der Verarbeitung des Frischfisches tätig ist, wird es daher für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, daß die internationalen Probleme, z. B. Abbau der Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EG, Konflikt mit Island, nicht zum Zankapfel parteipolitischer Interessen werden. Um die strukturellen Probleme in den verschiedenen Fang- und Verarbeitungsstufen im Frischfischbereich zu lösen, ist es erforderlich, die sachliche und fachliche Mitwirkung und Mitarbeit aller in der Fischwirtschaft arbeitenden Menschen sicherzustellen, um die Arbeitsplätze und die Existenz der Fischwirtschaft zu sichern.

Flughafen Bremen

Nach der von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) veröffentlichten Statistik über die Verkehrsleistungen auf den elf deutschen Verkehrsflughäfen gehört der Flughafen Bremen zu den kleinen in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Feststellung trifft für das Fluggastaufkommen wie für die Luftfracht gleichermaßen zu. Die Zahlen für 1974: rund 510 000 Fluggäste (ohne Transitverkehr) und knapp 4000 tons Luftfracht. Zum Vergleich dazu die Zahlen für Hamburg und Hannover aus dem Jahre 1973 (trotz Bummelstreik der Fluglotsen). Fluggäste 3,2 Millionen in Hamburg und 1,9 Millionen in Hannover, an Luftfracht wurden ca. 27 500 tons in Hamburg und via Hannover 13 800 tons verbucht.

Die CDU vertritt den Standpunkt, daß der Senat zu spät erkannt hat, daß Ende des Jahrhunderts der Luftverkehr der bedeutendste Verkehrsträger sein wird, ein Großteil hochwertiger Stückgüter im Container per Luftfracht befördert wird und daß Bremen wie Hamburg über einen voll funktionsfähigen Flughafen mit zwei Start- und Landebahnen für europäischen und Überseeverkehr verfügen müßte.

Im Interesse der Anwohner des Flughafengebietes sind alle Möglichkeiten zum Schutz gegen Fluglärm auszuschöpfen. Dies gilt insbesondere für die Einrichtung von Lärmschutzzonen und für die baulichen Schallschutzanforderungen.

Frauen

Die CDU tritt für die volle rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere auch im Beruf und im öffentlichen Leben ein. Dem berechtigten Anspruch der Frauen auf allgemeine und berufliche Weiterbildung ist in verstärktem Maße Rechnung zu tragen. Im Rahmen des Bildungsurlaubsgesetzes erreichte die CDU Bremen daher auch für Hausfrauen eine „Bildungszeit“.

Für die CDU steht der Beruf der Hausfrau vollwertig und gleichberechtigt neben anderen Berufen. Insbesondere in der Kindererziehung leisten Hausfrauen und Mütter einen zukunftsentscheidenden Beitrag für die gesamte Gesellschaft. Dazu hat die CDU verschiedene Forderungen erhoben:

- die Familienberatungsstellen,
- das Erziehungsgeld,
- die eigenständige Hausfrauenrente („Partnerrente“),
- Hilfen für ledige Mütter.

Ebenso wie der Beruf der Hausfrau als vollwertig und gleichberechtigt anzuerkennen ist, setzt die CDU sich auch für die erwerbstätigen Frauen ein. Die Hauptforderungen dabei sind:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit (u. a. Abschaffung der Leichtlohngruppen),
- mehr Kindertagesstätten und -horte,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze,
- Ausbildung und Einsatz von Tagesmüttern.

Eine eventuelle Rückkehr der Hausfrauen ins Berufsleben muß erleichtert werden. Dazu gehören z. B. organisatorische Maßnahmen im schulischen Bereich. So sind die tägliche Schulzeit und die Dauer der täglichen Betreuung in Kindergärten zu vereinheitlichen und so zu gestalten, daß die Wahrnehmung einer Halbtags-tätigkeit der Mütter unter tragbaren zeitlichen Bedingungen möglich ist.

Für die CDU Bremen kann die Tagesmutter immer nur einen Ersatz für die Erziehung in der Geborgenheit der Familie darstellen. Auf jeden Fall sollte ein Erziehungsgeld gezahlt werden, um zu vermeiden, daß Familienmütter nur aus materieller Not gezwungen sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß durch eine entsprechende Industrie- und Gewerbeansiedlungspolitik das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, besonders für weibliche Arbeitskräfte, beträchtlich erweitert wird. Dadurch soll insbesondere den arbeitswilligen Müttern die Möglichkeit gegeben werden, neben ihrer Erwerbstätigkeit auch den Anforderungen im Haushalt und in der Kindererziehung gerecht zu werden.

Tatsächlich gibt es vor allem in Bremerhaven und Bremen-Nord zu wenig Teilzeitarbeitsplätze für Frauen in zumutbarer, erreichbarer Entfernung vom Wohnort. Für den öffentlichen Dienst drückt sich der Senat um dieses Problem, so daß in Bremen Frauen im Höheren und auch Gehobenen Dienst – außer dem Schulbereich – die Ausnahme sind.

Freie Träger

Selbstorganisation muß vor allumfassender staatlicher Planung den Vorrang haben. Die CDU unterstützt daher die freien Träger, sei es in caritativen, sozialen, jugendpflegerischen, schulischen oder anderen Bereichen. Ausgehend von dem Grundsatz einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern erkennt die CDU den freien Trägern einen Anspruch auf gesetzliche Fixierung ihrer Positionen, auf eine wirtschaftliche Sicherung zu angemessenen Bedingungen, auf freie Gestaltung ihrer Arbeit und auf Beteiligung an der Sozialplanung zu. Für eine Förderung der freien Träger spricht, daß auch nach den Feststellungen des Bremer Senats diese sehr viel weniger öffentliche Mittel benötigen als staatliche oder städtische Einrichtungen. Geistige Grundlage dieser Aussage sind die auch dem Föderalismus zugrunde liegenden Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität.

Freizeit

Ständige Arbeitszeitverkürzungen, steigende Einkommen und eine hohe Mobilität haben den Bedarf an attraktiven Freizeitangeboten rasch in die Höhe schnellen lassen.

Der Ausbau und die Förderung weiterer sinnvoller Freizeitangebote bleibt ein wichtiges Ziel. Wachsende Belastungen des Berufslebens müssen ihren Ausgleich in erholsamer sportlicher, geistiger oder musischer Betätigung finden. Für Jugendliche müssen in allen Stadtteilen attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung angeboten werden, um der Gleichgültigkeit und Gefährdung Jugendlicher entgegenzuwirken.

Zur Freizeitgestaltung gehört ferner ein breit gefächertes Angebot an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie an kulturellen Einrichtungen.

Geldwertstabilität

Unter Geldwertstabilität verstehen wir die Stabilität des allgemeinen Preisniveaus im Zeitablauf. Das heißt nicht unveränderte Preise für alle Wirtschaftsgüter; denn die Änderung von Preisverhältnissen durch das

Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ist gerade Kennzeichen einer dynamischen Marktwirtschaft.

Die heutige wirtschaftliche Situation ist von einer hohen Inflationsrate gekennzeichnet.

Unter der gegenwärtigen Bundesregierung sind alle volkswirtschaftlichen Zielsetzungen – darunter auch die Geldwertstabilität – zunehmend verletzt worden.

Die CDU fordert zur Wiederherstellung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität die starke Einbindung aller sozialen Gruppen in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung, verbunden mit einer konsequenten Stabilitätspolitik der Bundesregierung. Nur so kann mit einer Wiedererlangung der Stabilität gerechnet werden.

Generalverkehrsplan

Eine kontinuierliche Verkehrsplanung ist die Voraussetzung für das Vermeiden schwerwiegender Fehlinvestitionen im Bereich des innerstädtischen Verkehrs. Bremen hat für die kommenden Jahre keine Generalverkehrsplanung, das heißt keinen Gesamtplan, der durch wissenschaftliche Verkehrserhebungen belegt wird. Auch einzelne Konzeptionen, etwa der Hauptverkehrsplan, sind in entscheidenden Punkten nicht eingehalten worden.

Die bremische Verkehrspolitik muß solange Stückwerk bleiben, wie die Kontinuität der Planung nicht gesichert ist. Kontinuität der Planung wiederum setzt klare Richtlinien für die Planer und eine klare politische Führung voraus.

Auch der jetzt vorgelegte „Orientierungsrahmen 1975/85“ erfüllt diese Forderung nicht. Er ist vielmehr eine Ansammlung unkoordinierter Einzelmaßnahmen ohne finanzielle Absicherung.

Der Generalverkehrsplan bleibt auch in Zukunft eine der entscheidenden Forderungen der CDU an die bremische Politik.

Gesamthochschule

Aus Gründen der Kostenersparnis, der besseren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Lehre sowie zur Erhöhung der Durchlässigkeit ist die Kooperation von Universität und Fachhochschulen notwendig. Die Durchführung gemeinsamer Lehrveranstaltungen für Studenten der verschiedenen Hochschuleinrichtungen sowie die Planung von gemeinsamen Studiengängen verlangen aber eine gründliche Vorbereitung, damit sie nicht zu einer Senkung des wissenschaftlichen Niveaus führen. Es besteht zudem die Gefahr, daß die chaotischen Zustände der Universität auf die anderen Fachhochschulen übergreifen, wenn nicht der

Einfluß marxistischer Hochschullehrer und Studenten zurückgedrängt werden kann.

Die bisherigen Beratungen der Gründungskonferenz Gesamthochschule sind in eine Sackgasse geraten. Dennoch will die SPD bereits jetzt die völlige Integration aller Hochschulen gesetzlich festschreiben und damit erneut (wie bei der integrierten Gesamtschule) ohne ausreichende Vorprüfung ein bildungspolitisches Experiment durchpeitschen, für das letztlich alle zu bezahlen haben.

Bei einer zukünftigen Zusammenlegung verschiedener Hochschuleinrichtungen muß außerdem vermieden werden, daß eine strukturpolitisch unerwünschte Ungleichgewichtigkeit im Gesamtgebiet Bremens eintritt. Deshalb darf auch Bremerhaven kein hochschulfreier Raum werden.

Gesamtschule

Die Trennwände des dreigliedrigen Schulwesens müssen durch kooperative, durchlässigere Schulformen überwunden werden. Eine mögliche Form der Neustrukturierung des Schulwesens ist die Gesamtschule. Sie kann kooperativ, also als organisatorischer Verbund verschiedener und grundsätzlich selbständiger Schulzweige, oder integrativ, also unter Aufhebung der Selbständigkeit der einzelnen Schulzweige, organisiert werden. Noch ist nicht abzusehen, ob die verschiedenen Formen der Gesamtschule oder ein reformiertes dreigliedriges Schulsystem als Schulform der Zukunft bezeichnet werden können.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß hohes Niveau und soziale Gerechtigkeit im Schulwesen besser durch ein nach Begabungsrichtlinien gegliedertes, in sich nach Leistungsvielfalt differenzierendes System verwirklicht werden kann. Integrierte Systeme führen, unabhängig von ihrer verwaltungsmäßigen Überlastung und finanziellen Aufwendigkeit, entweder zur Vernachlässigung der Leistungsdifferenzierung oder zur sozialen Benachteiligung der Gruppen, die in der Konkurrenz der jeweils Besten nicht mithalten, aber daran gemessen werden.

Die integrierte Gesamtschule ist entscheidend teurer als vergleichbare herkömmliche Schulen. 1971 wurden aufgewandt für einen Schüler

an einer der bremischen Gesamtschulen	DM 11 957,90
an Gymnasien	DM 3 086,43
an Grund-, Haupt- und Realschulen	DM 2 036,21

Die CDU spricht sich für die Fortführung der zur Zeit in Bremen und Bremerhaven laufenden Gesamtschulversuche aus. Sie wird jedoch der Einrichtung von weiteren integrierten Gesamtschulen nicht zustimmen, bis die Leistungsfähigkeit dieser aufwendigen Schulreform wissenschaftlich bewiesen ist.

Gesundheit

Unbeschadet der persönlichen Verantwortung des einzelnen hat der Staat die Verpflichtung, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine umfassende Gesundheitsvorsorge und Gesundheitspflege zu schaffen und die notwendigen Einrichtungen anzubieten. Deshalb fordert die CDU, daß die Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Herz-, Kreislauf- und Zuckerkrankheiten in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden, da sie auf lange Sicht die Kranken- und Rentenversicherung entlasten. Im Interesse aller Bürger muß für das leistungsfähige, moderne Krankenhaus eine Struktur gefunden werden, die noch mehr den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens rückt. Nicht das klassenlose, sondern nur das erstklassige Krankenhaus ist ein sachgerechtes Mittel der Gesundheitspolitik. Der Mensch, nicht die Gesellschaft, soll dort behandelt werden. Die Unterschiede in der Unterbringung der Privat- und Kassenpatienten müssen weiter verringert werden. Alle Patienten sind in der ärztlichen Versorgung gleichzustellen; die Wahl ärztlicher Leistungen im Krankenhaus darf nicht von Zimmergröße und Bettenzahl abhängen.

Die gesundheitliche Versorgung muß durch ein bedarfsgerechtes ambulantes ärztliches und zahnärztliches Betreuungssystem mit in freier Berufsausübung tätigen Ärzten sichergestellt bleiben. Nur dieses System garantiert dem Patienten die freie Arztwahl.

Häfen

Die Häfen im Lande Bremen zählen zu den bedeutendsten Häfen Europas. Bremen und Bremerhaven dienen vornehmlich dem Linienverkehr und dem Stückgutumschlag. 1973 verbanden 334 Liniendienste Bremen mit etwa 1000 Hafenplätzen in aller Welt. Jährlich machen rund 13 000 Schiffe in den bremischen Häfen fest.

1974 belief sich der Gesamtumschlag auf 26,7 Mill. tons. Dabei betrug der Stückgutanteil rund 55 Prozent oder 14,6 Mill. tons. Im Vergleich dazu brachte es Hamburg auf 16 Mill. tons Stückgut.

Nach Meinung der CDU gilt es, Bremens Position als führender deutscher Hafen gegenüber den niedersächsischen Unterweserhäfen, gegenüber Harburg und auch im Rahmen der EG Schifffahrts- und Seehafenpolitik zu festigen und auszubauen, denn stetiges Wachstum des Hafenumschlags ist gleichbedeutend mit der Sicherung vieler Arbeitsplätze. Über 45 Prozent aller Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven sind von den bremischen Häfen abhängig. Diese Zahl macht deutlich, wie wichtig es für das Land Bremen ist, daß seine Häfen florieren.

Humanisierung der Arbeitswelt

Mehr Menschlichkeit im Arbeitsleben zu verwirklichen, ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Die notwendige Arbeitsteilung und die sich daraus ergebende Spezialisierung, die Schwierigkeit, technische Entwicklungen und Zusammenhänge zu überblicken und zu verstehen sowie die fortschreitende Konzentration der Entscheidungsprozesse in vielen Bereichen beeinträchtigen den einzelnen in der bewußten Mitgestaltung seiner Arbeitswelt und hemmen seine Selbstverwirklichung. Die sich daraus ergebenden Probleme und Konflikte zu lösen, ist Ziel einer auf die Humanisierung der Arbeitswelt ausgerichteten CDU-Politik. Dazu gehört die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die dem einzelnen Mitverantwortung in der Arbeitswelt garantiert, seine Persönlichkeit fördert und ihn vor Fremdbestimmung schützt.

Humanisierung der Arbeitswelt bedeutet auch Schutz am Arbeitsplatz, Anwendung der Arbeitsmedizin, innerbetrieblicher Umweltschutz sowie Abbau der Nachteile, die sich für den einzelnen aus einem stark arbeitsteiligen Betriebsprozeß ergeben. Aber auch alle Bemühungen, die Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsplatz zu verwirklichen sowie für die Sicherung und entsprechende Gestaltung der Arbeitsplätze für ältere Mitarbeiter zu sorgen, gehören zur Humanisierung der Arbeitswelt.

Die CDU bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Wirtschaft dem Menschen dienen muß. Sie wird ihre Politik darauf ausrichten, daß auch in Zukunft die Würde des Menschen der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft übergeordnet bleibt.

Industrieansiedlung

Die Wirtschaftsstruktur des Landes Bremen bedarf dringend einer Verbesserung. Deshalb muß die industrielle Basis verstärkt werden, und zwar vor allem aus beschäftigungspolitischen Gründen, denn gesunde Industriebetriebe gewährleisten attraktive Dauerarbeitsplätze. Und daran fehlt es in Bremen.

Für eine erfolgreiche Industrieansiedlung sind aber genügend erschlossene Industrieflächen und ein gutes Investitionsklima erforderlich. In beiden Fällen hat die SPD eklatant versagt. Der Senat hat durch seine investitionsfeindliche Gestaltung der Kauf- und Erbbauverträge ansiedlungswillige Firmen abgeschreckt. Die CDU wird dies ändern und das Land Bremen wieder zu einem begehrten Standort für Industriebetriebe machen.

Jugendpolitik

Die Jugendpolitik der CDU ist auf die Entwicklung und Entfaltung des jungen Menschen in der Familie und in einer freien und offenen Gesellschaft gerichtet.

Einen Schwerpunkt der Jugendpolitik sieht die CDU in der außerschulischen Jugendbildung – die ebenso wie die vorschulische Erziehung dazu beitragen soll, die durch soziale Herkunft und Bildungswege vorhandenen Unterschiede abzubauen –, in der Förderung der körperlich, geistig und seelisch behinderten jungen Menschen und deren gesellschaftliche Eingliederung, in der Bekämpfung des Rauschmittel- und Drogenmißbrauchs und des Alkoholismus.

Öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe haben ein differenziertes und plurales Angebot an Einrichtungen und Hilfen bereitzuhalten, um den jungen Menschen und den Eltern die Auswahlmöglichkeit zu sichern. Das setzt die Eigenständigkeit der freien Träger der Jugendhilfe und ihre Förderung aus öffentlichen Mitteln voraus. Einseitigkeit und Politisierung der Jugendarbeit sind mit unserer freiheitlichen Grundordnung unvereinbar.

Juristenausbildung

Die CDU will die Ausbildung eines dem Recht im freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat verpflichteten Juristen. Die CDU begrüßt alles, was die Ausbildung strafft, intensiviert und vor allem dem jungen Menschen hilft, die genannten Grundsätze besser in die Praxis umzusetzen. In diesem Zusammenhang haben die Sozialwissenschaften ihren legitimen Platz. Die künftigen Richter und Staatsanwälte, Verwaltungsbeamten, Rechtsanwälte und Notare dürfen aber keine der Systemveränderung verpflichteten Sozialingenieure sein. Im übrigen ist es Sache der Parlamente, die Ausbildungsinhalte festzulegen; und es ist Sache der Regierungen, nicht der Universitäten, deren Einhaltung zu kontrollieren.

Kernkraftwerk

Ziel der Energiepolitik ist die ausreichende und preisgünstige Versorgung der Verbraucher mit Energie. Angesichts der Anspannung auf dem Energiemarkt kann die Sicherstellung der Energieversorgung nur durch Entwicklung eines neuen Energieangebots sichergestellt werden, insbesondere auch durch Förderung der Kernenergie. Die Entwicklung eines neuen Energieangebots muß aber auch dem Sicherheitsbedürfnis der

Bevölkerung voll Rechnung tragen. Aus diesem Grunde setzt sich die CDU dafür ein, daß vor dem Bau die regionalen Umweltprobleme berücksichtigt und beim Betrieb von Kernkraftwerken alle Sicherheitsbestimmungen erfüllt werden.

Kinderspielplätze

In unmittelbarer Nähe der Wohnungen müssen geeignete Kinderspielplätze vorhanden sein. Das gilt insbesondere auch für die Altbaugebiete und die Neubauviertel mit einem hohen Anteil von Mehrfamilienhäusern. Dazu reichen die Kinderspielplatzgesetze in Bremen und Bremerhaven nicht aus, die sich nur auf Kinderspielplätze für kleinere Kinder beziehen. Vor allem fehlen Spiel- und Bolzplätze für größere Kinder. Die Kinderspielplatzflächen in Bremen und Bremerhaven liegen zudem zur Hälfte unter den Forderungen des Goldenen Plans von 2 qm Spiel- und Freizeitfläche pro Einwohner. Viele Entwicklungsschäden und Aggressionen junger Menschen, die der Gesellschaft heute Probleme bereiten, sind nicht zuletzt auf das Fehlen solcher Frei- und Bewegungsräume im Kindesalter zurückzuführen.

Kleingärtner

Kleingärten bilden ebenso wie Parkanlagen die Grüngürtel einer Stadt – allerdings mit dem Unterschied, daß öffentliche Anlagen mit Steuergeldern unterhalten werden müssen, während der Kleingärtner für die Pflege seines Gartens selbst aufkommt.

Gepflegte Kleingartenanlagen gehören zu den beliebtesten Spazierwegen. Sie wirken wie ein Magnet auf Besucher, was ihren hohen Freizeit- und Erholungswert unterstreicht. Darüber hinaus leistet der Kleingärtner einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Umweltschutz.

Die CDU fordert deshalb, daß die vorhandenen und noch zu schaffenden Kleingartengebiete als Dauerkleingartengebiete in Bebauungsplänen ausgewiesen werden und daß keine Kündigungen von Pachtverträgen für Kleingärtner mehr erfolgen, ohne verbindliche und termingleiche Bereitstellung von Ersatzgelände.

Konzentration

Die unkontrollierte Konzentration wirtschaftlicher Macht stellt eine ernsthafte Gefährdung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung dar. Der Staat hat daher die Pflicht zum Eingreifen, wenn durch Unternehmenszusammenschlüsse die Gefahr der Monopolisierung, d. h. des Ausschaltens eines funktionsfähigen Wettbewerbs besteht; zuständige Aufsichts-

behörde dafür ist das Kartellamt. Bei der internationalen Verflechtung der Märkte und dem weiter steigenden Anteil multinationaler Konzerne müssen die Befugnisse des Kartellamts erweitert werden; insbesondere ist die engere Zusammenarbeit der Wettbewerbshüter auf internationaler Ebene anzustreben.

Kriminalität

Die Entwicklung insbesondere der Gewalt- und Wirtschaftskriminalität in Bremen und Bremerhaven ist besorgniserregend. Zum beträchtlichen Teil ist das auf die jahrelange personelle Unterbesetzung und mangelhafte Ausstattung der Polizei im Lande Bremen zurückzuführen. Diese kann daher viele Aufgaben – etwa die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und des organisierten Verbrechens – nicht so wahrnehmen, wie es der gesetzliche Auftrag erfordert. Die technische Ausstattung der Polizei ist den neu auftretenden Gefahrenlagen anzupassen.

Kulturpolitik

Im Land Bremen besteht eine aus der Tradition geborene Zusammenarbeit privater Kultureinrichtungen mit dem Staat. Dieses System der kunstlenschen und kulturellen Meinungsvielfalt muß erhalten und ausgebaut werden. Die notwendige und wichtige Hilfestellung des Staates zur materiellen Sicherstellung der verschiedenen Träger darf nicht zur kulturpolitischen Bevormundung dieser Institutionen führen. Jeder Versuch, Fragen der Kulturpolitik durch gesellschaftspolitische Ideologien zu beeinflussen, wird daher zurückgewiesen.

Länderneugliederung

Die Frage der Länderneugliederung hat weitgehend an politischer Brisanz verloren. In den nach 1945 gezogenen Ländergrenzen haben sich auf diese Gebiete abgestimmte Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturstrukturen gebildet. Die Neugliederung des Bundesgebietes würde, insbesondere in der von der Ernst-Kommission vorgeschlagenen Form, dem Grundgesetz widersprechen, wonach das Bundesgebiet unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges neu zu gliedern ist. Dies gilt vor allem für Bremen, das in vollem Umfang den an ein Bundesland zu stellenden Anforderungen entspricht und als zweitgrößter deutscher Seehafen wesentliche Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes erfüllt. Das

Interesse an der Selbständigkeit Bremens entspricht also den allgemeinen Interessen an einer sinnvollen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland. Die Volksabstimmungen in Oldenburg und Schaumburg-Lippe sollten für den Bundesgesetzgeber daher der Anlaß sein, Artikel 29 GG aufzuheben oder so zu ändern, daß kein unmittelbarer Verfassungsauftrag zur Länderneugliederung mehr besteht.

Landesplanung

Die Entwicklung Bremens und Bremerhavens ist untrennbar mit der Entwicklung des Unterweserraums verbunden. Diese Erkenntnis liegt der Gründung der „Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen“ zugrunde. Durch dieses Planungsinstrument und insbesondere durch den gezielten Einsatz der von beiden Ländern zu gleichen Teilen eingebrachten Mittel sollen Infrastrukturmaßnahmen immer dort gefördert werden, wo sie der gewollten Entwicklung dienlich sind.

Leider ist aus der „Gemeinsamen Landesplanungsarbeit“ bisher wenig herausgekommen. Das Beispiel der Kontroverse um die Nutzbarmachung der Luneplate bei Bremerhaven und die vielen Schwierigkeiten der gemeinsamen Schul- und Verkehrsanbindung an der Landesgrenze zeigen, daß es die beiden Regierungen in Bremen und Hannover bisher nicht geschafft haben, ihre Eigeninteressen zugunsten des Gemeinschaftsinteresses voll zurückzustellen. Die CDU wird in Zukunft verstärkt dafür eintreten, die gemeinsame Landesplanung endlich zu einem funktions-tüchtigen Planungsinstrument zu entwickeln.

Insbesondere wird es notwendig sein, daß die bremischen Behörden mit den Umlandgemeinden direkt die Probleme erörtern. Bürgermeister Koschnick ist nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Bürgermeister. Die bisherige Praxis der Verhandlungen auf der Ebene der Ministerpräsidenten hat für die Bürger außer Absichtserklärungen kaum konkrete Änderungen gebracht.

Landwirtschaft/Landschaftspflege

In Bremen hat die Landwirtschaft nicht nur die Aufgabe, Nahrungsmittel zu erzeugen, sondern auch die Kulturlandschaft zu pflegen. Durch erhebliche Wasserlasten sind die für Bremen typischen Grünlandbetriebe jedoch von Natur aus in ihrer Existenz stark benachteiligt, so daß landeskulturelle Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft notwendig sind. Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist der beste Landschaftspfleger. Ohne landwirtschaftliche Nutzung ist die Eigenart unserer Erholungslandschaft nicht zu erhalten.

Lehrermangel

Der bisherige allgemeine Lehrermangel wurde im Lande Bremen durch eine völlig verfehlte Planung in den Bildungsbehörden noch verstärkt. Viele Lehrer, die nach Bremen kommen wollten, gingen in andere Bundesländer, da sie hier nicht rechtzeitig Zusagen bekamen. Der Lehrermangel wird angesichts rapide zurückgehender Geburten- und damit Schülerzahlen nachlassen. Spätestens 1980 ist mit einer ausgeglichenen Bilanz zu rechnen. Doch auch bis dahin müssen die Schüler bei Klassenfrequenzen, die pädagogisch verantwortbar sind, unterrichtet werden. Daher sollten alle Maßnahmen, auch solche kurzfristiger Art, ergriffen werden, die den derzeitigen Lehrermangel abmildern, um alsbald in allen Schularten vernünftige Klassenfrequenzen zu erreichen.

Leistungsprinzip

Jede Gesellschaft lebt wesentlich von den Leistungsbeiträgen aller ihrer Glieder. Ohne ständige Leistungen würde eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe hereinbrechen.

Die CDU bekennt sich zum Leistungsprinzip als dem Motor von wirtschaftlichem, technischem und sozialem Fortschritt. Selbstverständlich muß die Leistungsanforderung an den einzelnen, den menschlich zumutbaren, persönlichen Leistungsmöglichkeiten entsprechen. Leistung ist für die CDU kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Aspekt menschlicher Selbstentfaltung und wichtigster Maßstab für die Verteilung von materiellen Gütern und Ansprüchen.

Leitende Angestellte

Bei der Neuordnung des Unternehmensrechts will die CDU im Rahmen ihres Mitbestimmungsmodells den leitenden Angestellten angemessenes Mitspracherecht einräumen.

Dabei muß ein ausgewogenes Mitbestimmungskonzept die folgenden Punkte berücksichtigen:

1. Leitende Angestellte mit besonderer Nähe zum Vorstand können keine Rechte als Arbeitnehmervertreter ausüben,
 2. ein ausreichender Minderheitenschutz muß den Leitenden die Gewähr dafür bieten, daß sie Leute ihres Vertrauens selbst bestimmen können.
- Im Mitbestimmungsmodell der Union werden die Interessen aller Arbeitnehmer voll berücksichtigt, ohne die Funktionsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden. Nur so läßt sich Partnerschaft im Betrieb verwirklichen.

Lohn- und Preisstopp

Ein Lohn- und Preisstopp als Mittel zur Bekämpfung der Inflation wird von der CDU als dirigistisches Mittel strikt abgelehnt. Wie sich in allen Ländern, die auf dieses Mittel ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten, gezeigt hat, ist der Lohn- und Preisstopp völlig ungeeignet, die wirtschaftliche Stabilität in einem Lande zu sichern. Immer gab es nur kurze Scheinerfolge, der soziale Frieden wurde gestört, es gab Versorgungsschwierigkeiten und schwarze Märkte. Als Lösung der Vernunft bietet die CDU demgegenüber neben den bewährten Mitteln der Geld- und Kreditpolitik eine Strategie zur Angleichung der verschiedenen Interessen, z. B. der Tarifpartner, an, um die preis- und kostentreibenden Arbeitskämpfe nicht zum Nachteil aller ausarten zu lassen.

Luftverschmutzung

Der Verschmutzung der Luft muß nicht nur durch gesetzliche Vorschriften, sondern auch durch bessere Kontrollen wirksamer begegnet werden. Die Zulassung von Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeugen ist entsprechenden Auflagen zu unterwerfen.

Wir werden die Erforschung und Entwicklung umweltfreundlicher Energien und emissionsarmer Maschinen fördern. Mit der Errichtung von Fernheizkraftwerken kann der Verschmutzung der Luft durch die privaten Haushalte wirksam begegnet werden. Auf Anregung der CDU wurde im Lande Bremen hierfür die gesetzliche Voraussetzung geschaffen.

Mittelständische Wirtschaft

Zur Erhaltung und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft bedarf es auch einer breiten Schicht leistungsfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen. Sie sind Teil unserer pluralen Gesellschaft und garantieren den Wettbewerb als wesentliches Strukturmerkmal einer sozialen Marktwirtschaft.

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen sowie der freien Berufe zu fördern und zu stärken sowie die Startchancen für die Gründung selbständiger Existenzen zu verbessern, ist wesentlicher Teil der CDU-Wirtschaftspolitik. Insbesondere gilt es, wettbewerbsverzerrende Faktoren zu beseitigen und die Selbsthilfe im

Mittelstand zu fördern. Dazu ist eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Unternehmen notwendig.

Um die Gesamtsituation der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern, hat die CDU ein Mittelstandsförderungsgesetz in der Bremischen Bürgerschaft eingebracht.

Mitwirkungsrechte in der Schule

Lehrer, Schuler und Erziehungsberechtigte wirken verantwortlich zusammen in der Erfüllung der Aufgabe, die Jugend in der Schule zu mündigen und kritikfähigen Staatsbürgern zu erziehen. Mitbestimmung in der Schule ist jedoch kein Selbstzweck, sie darf auch nicht zum Hauptanliegen der Schule werden. Der Hauptauftrag der Schule bleibt nach wie vor die Vermittlung von Wissen und die Erziehung. Diesem Ziel ist auch die Mitbestimmung unterzuordnen. Sie stellt aber – wenn sie sinnvoll gehandhabt wird – eine gute Hilfe zur Erreichung dieses Zieles dar.

Müll

Die Modernisierung der Haushalte und die veränderten Lebensgewohnheiten haben zu einem zunehmenden Anfall von Müll geführt. Seine Beseitigung wird schon wegen der Menge und Zusammensetzung immer schwieriger. Zugleich gehen der Volkswirtschaft angesichts steigender Rohstoffpreise damit wertvolle Güter verloren. Auch das Land Bremen darf sich daher nicht darauf beschränken, den Hausmüll zu verbrennen oder auf Deponien zu lagern, sondern muß die Gewinnung von Rohstoffen aus dem Müll, gegebenenfalls durch private Unternehmer, vorantreiben. Durch entsprechende Initiativen ist die Verwendung von Einwegverpackungen – vor allem Flaschen – auf das unbedingt nötige Maß herabzusetzen. Soweit der Industrieabfall giftige Bestandteile enthält, ist deren Beseitigung durch die oder auf Kosten der Hersteller vorzunehmen. Das Verursacherprinzip muß, auch zur Entlastung öffentlicher Haushalte, konsequent durchgeführt werden.

Niedersächsisches Umland

Das Land Bremen ist der Kern eines Verdichtungsgebietes, das 8000 qkm umfaßt, in dem über 1,6 Mill. Menschen leben, von denen mehr als 635 000 in außerlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten beschäftigt sind. Täglich pendeln über 70 000 berufstätige Personen zwischen Bremen und Bremer-

haven sowie den niedersächsischen Nachbargemeinden. Das Land Bremen ist somit auf das engste mit dem niedersächsischen Umland verbunden. Dieser Tatsache muß nach Auffassung der CDU durch eine Aktivierung der im Jahre 1963 ins Leben gerufenen Gemeinsamen Landesplanung Bremen-Niedersachsen mehr als bisher in der politischen Tagesarbeit Rechnung getragen werden. Anderenfalls besteht die begründete Gefahr, daß die Entwicklung des Unterweserraums hinter vergleichbaren Regionen zurückbleibt und sich dadurch die Arbeits- und Lebensbedingungen der dort wohnenden Menschen unzumutbar verschlechtern.

Numerus clausus

Die intensive Bildungswerbung und Erschließung neuer Abiturientenschichten sowie die Verlängerung der Studienzeiten haben trotz ungeheurer Investitionen im Hochschulbereich zu einem großen Fehlbestand an Studienplätzen geführt. Zugleich sind die Kosten der Studienplätze auf durchschnittlich weit über 100 000 DM gestiegen. Dem Numerus clausus kann also nicht mit dem forcierten Bau neuer Studienplätze abgeholfen werden, zumal wegen der rapide sinkenden Geburtenzahlen spätestens von 1985 an mit einem absoluten Rückgang der Abiturienten- und damit der Studentenzahlen zu rechnen ist. Zum Abbau des Numerus clausus müssen die Studienzeiten durch Einführung von Regelstudienzeiten und Kurzstudiengängen verkürzt werden; durch sachgerechte Studienreformen müssen ohne Senkung des wissenschaftlichen Niveaus die Studienbelastungen entsprechend herabgesetzt werden; die Abschlüsse der Fachhochschulen sind, auch bei Einstellungen im öffentlichen Dienst, denen der Universitätsabgänger trotz Beibehaltung verschiedener Studiovoraussetzungen anzugleichen, um die Zahl der Überwechsler von den Fachhochschulen in die Universitäten herabzusetzen; das Zahlenverhältnis von Lehrenden und Lernenden ist zur Überwindung der bestehenden Engpässe zu vergrößern; durch geeignete materielle Anreize ist die Bereitschaft der Hochschullehrer zu vergrößern, zusätzliche Lehrveranstaltungen zu übernehmen; schließlich dürfen die Hochschulen nicht durch vor allem ideologisch bestimmte Reformexperimente zusätzlich belastet werden.

Darüber hinaus sind die Hochschulen dadurch zu entlasten, daß attraktive Aufstiegswege auch für diejenigen geschaffen werden, die nicht studiert haben. Grundsätzlich müssen – auch beim Staat – gleichwertige berufliche Ziele über ein Hochschulstudium sowie über eine durch wissenschaftliche Zusatzqualifikationen angereicherte berufliche Ausbildung erreicht werden können.

Öffentlicher Dienst

Die Bedeutung des öffentlichen Dienstes in unserem stark dienstleistungsorientierten Wirtschafts- und Sozialgefüge hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Damit sind auch die Anforderungen an die Organisation und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gestiegen.

Die oft lebenswichtigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes verlangen die Loyalität des Berufsbeamten. Dabei betont die CDU neben der Fürsorgepflicht des Staates die besonderen Treuepflichten der Beamten als Staatsdiener. Eine Reform des Beamtenrechts – insbesondere die Modernisierung der Laufbahn- und Besoldungsordnung, die Anpassung des Beamtentums an die Bedürfnisse einer funktionalen Verwaltung und eine stärkere Berücksichtigung des Leistungsprinzips – muß erfolgen. Der Gefahr einer Aufblähung des öffentlichen Dienstes muß dadurch begegnet werden, daß alle wichtigen öffentlichen Aufgaben mit dem geringstmöglichen Aufwand erfüllt werden und, wo immer möglich, bisher vom Staat wahrgenommene Aufgaben auf den billiger arbeitenden Privatsektor übertragen werden. Auf jeden Fall darf der Zuwachs der gesamten Personalausgaben nicht größer sein als der nominelle Anstieg des Brutto-sozialprodukts.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der Bremer Senat hat kein durchdachtes Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr. Der sogenannte Orientierungsrahmen 1975/85 beschreibt kein ausgewogenes Verhältnis zwischen ÖPNV und Individualverkehr. Die ihm zugrunde liegende Entscheidung, das Tangenten-viereck nicht auszubauen, ist falsch.

Die Bremer CDU bekennt sich zum öffentlichen Personennahverkehr. Unsere Städte dürfen nicht durch einen ungezügelter Individualverkehr zerstört werden. Gerade deshalb muß ein realistisches Konzept für den ÖPNV vorgelegt werden, sowohl für die Investitionen wie für die fort-dauernden Folgekosten.

Schlüsselsätze einer zukunftsorientierten Lösung sind:

- „Schneller Schienenverkehr“
- „Beschleunigter Omnibusverkehr“
- „Integrierter Taxiverkehr“
- „Flexible Verkehrszonen“
- „Verbesserte Park-and-ride-Systeme.“

Orientierungsstufe

Die Orientierungsstufe soll, aufbauend auf der im Primarbereich begonnenen gemeinsamen Grundbildung, die Entscheidung über die Schullaufbahn der Schüler bis zum Ende der Klasse 6 offenhalten, um sie dadurch auf eine verlässlichere Grundlage zu stellen. Dem unterschiedlichen Lernverhalten und der individuellen Leistungsfähigkeit der Schüler muß die Orientierungsstufe innerhalb übereinstimmender Lernangebote durch innere und äußere Differenzierungsmaßnahmen Rechnung tragen. Das Prinzip der Durchlässigkeit soll dabei gewahrt bleiben. Während der Orientierungsstufe soll eine eingehende Beratung der Schüler und Erziehungsberechtigten durchgeführt werden, um den Eltern die Wahlentscheidung über den weiteren Bildungsgang ihrer Kinder möglich zu machen.

Die Orientierungsstufe soll schulformunabhängig eingerichtet werden und alle 5. und 6. Klassen umfassen, ausgenommen die entsprechenden Klassen der Sonderschulen. Sie soll Eingangsstufe der Sekundarstufe I werden, aber nicht den ersten Schritt zur Einführung integrierter Gesamtschulen bilden.

Die CDU wird nur dann der Einführung der Orientierungsstufe im Lande Bremen zustimmen, wenn die dafür notwendigen pädagogischen, organisatorischen und finanziellen Vorbereitungsmaßnahmen rechtzeitig getroffen worden sind.

Osttangente

Die Verkehrsverbindung in Bremen zwischen Rembertikreisel und Neuenlander Straße ist unerlässlich, wenn die Stadtteile Ostertor-Remberti, Steintor, Peterswerder, die östliche Neustadt und die Altstadt von den Belastungen des Durchgangsverkehrs befreit werden sollen. Alle Investitionen für das Verkehrsnetz in den letzten zwanzig Jahren rechnet mit dem Bau der Osttangente. Ein Verzicht bedeutet die Gefahr beträchtlicher Fehlinvestitionen. Alternativen zur Osttangente gibt es nach Aussage des Bausenators nicht. Mit allen Fachleuten ist die CDU der Überzeugung, daß Bremen einen weiteren Weserübergang in Citynähe braucht. Es ist sehr kurzfristig, dem Verkehr die notwendigen Hauptverkehrswege vorzuenthalten, denn er sucht sich seine Wege und sickert gegebenenfalls in bisher ruhigere Wohngebiete ein. Ein Wegfall der Osttangente bedeutet, daß die Wohnqualität für viele Bewohner Bremens vermindert würde. In jedem Falle muß gefordert werden, daß eine zukünftige Osttangente durch gegenwärtige Maßnahmen nicht erschwert oder unmöglich gemacht wird.

Radikale im öffentlichen Dienst

Das Grundgesetz geht von der Übereinstimmung der demokratischen Kräfte über die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates aus, so sehr über ihre Rangfolge gestritten werden mag. Für den, der sich außerhalb dieses Konsenses stellt, ist kein Platz im Staatsdienst. Die CDU begrüßt eine bundesgesetzliche Regelung über die Einstellungs Voraussetzungen zur Sicherung der Rechtseinheit. Sie wendet sich jedoch gegen jede Aufweichung der Anforderungen an die Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst.

Radio Bremen

Die CDU tritt für einen selbständigen Bremer Sender ein. Gleichzeitig bejaht sie die öffentlich-rechtliche Struktur der Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein selbständiger Bremer Sender kann allerdings nicht Selbstzweck sein. Artikel 5 GG beinhaltet vor allem das Recht der Bürger auf Informationen. Die Sendungen des Rundfunks sollen von demokratischer Gesinnung und unbestechlicher Sachlichkeit getragen sein. Der Rundfunk hat sich mit allen Kräften für die Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit, Duldsamkeit und Achtung vor der einzelnen Persönlichkeit anzusetzen (§ 2 „Radio Bremen“-Gesetz).

Die Bremer CDU mißbilligt die Art und Weise, mit der in der Vergangenheit einzelne Intendanten bei Radio Bremen bestimmt worden sind. Sie mißbilligt weiter den Beschluß der SPD-Bürgerschaftsfraktion, mehr als je einen Vertreter der politischen Parteien in den Rundfunkrat zu entsenden.

Schifffahrt

Die deutsche Handelsschifffahrt hat in der Wirtschaft des Landes Bremen einen hohen Stellenwert, von dem die Hafenwirtschaft und die Werften profitieren. Etwa 30 Prozent der deutschen Handelsflotte haben ihren Heimatsitz im Lande Bremen.

Die Schifffahrtspolitik fällt in die Kompetenz des Bundes. Seit etwa 1969 hat die deutsche Seeschifffahrt einen tiefgreifenden Strukturwandel erfahren. Neue Schiffstypen wie Vollcontainerschiffe, Roll-on-roll-off-Schiffe und Lash-Schiffe zwingen zu erheblichen Investitionen und zum Verkauf überalterter Tonnage. Währungspolitische Maßnahmen, DM-Aufwertungen, Bardepotvorschriften, steuerliche Gründe, die Lage am

Frachtmarkt u. a. m. zwangen die deutschen Reeder zum Ausflaggen eines Teils ihrer Flotte, ein Vorgang, der bis 1970 in der Bundesrepublik Deutschland unbekannt war.

Ein Abbau der internationalen Wettbewerbsverzerrungen ist das wichtigste schiffahrtspolitische Ziel der CDU.

Schulversuche

Das Bildungssystem muß neuen pädagogischen Erkenntnissen und sich ständig verändernden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Dafür sind sorgfältige Vorarbeiten in Form von wissenschaftlich kontrollierten Schulversuchen mit Schulmodellen und neuen Unterrichtsformen notwendig. Dabei sind Lehrer, Schüler und Eltern schon im Planungsstadium heranzuziehen. Grundlegende Änderungen in der Schulorganisation können nur aufgrund der Ergebnisse solcher Versuche erfolgen. Nur so sind Fehlplanungen zu vermeiden, die nicht nur sehr teuer sind, sondern auch die Lebenschancen vieler junger Menschen stark beeinträchtigen können. Wesentliche Voraussetzung für jede Neuordnung im Schulwesen ist jedoch die Überprüfung und Neufassung der Bildungsinhalte und Lernziele. Dies muß im Rahmen der sogenannten Curriculum-Entwicklung geschehen, die als fortlaufender Prozeß die Gestaltung des Bildungswesens zu bestimmen hat.

Sonderschulen

Es ist sicherzustellen, daß alle behinderten Kinder und Jugendliche frühzeitig betreut werden, damit ihnen eine auf ihre besondere Lage zugeschnittene Ausbildung vermittelt wird und sie aus ihrer Randstellung in der Gesellschaft herauskommen.

An einem eigenständigen Sonderschulwesen ist im Interesse der individuellen Persönlichkeitsentfaltung festzuhalten. Die sozialutopische Vorstellung einer Integration dieses Bereiches in das allgemeinbildende Schulwesen wäre kein Dienst am sonderschulbedürftigen Kind. Die Integration des Sonderschülers ist nicht der Weg, sondern das Ziel der differenzierten Betreuung. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, dem Kind die Wiedereingliederung in die allgemeinen Bildungsgänge zu ermöglichen.

Soziale Marktwirtschaft

Die CDU vertritt ein dynamisches Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Weder grenzenloser Liberalismus noch Staatswirtschaft sozialistischer Prägung können auch nur annähernd eine so leistungsfähige Wirtschaft

und die individuellen Freiheitsrechte garantieren. Daher gibt es für uns keine Alternativen. Soziale Marktwirtschaft ist die Garantie für

- die Verwirklichung persönlicher Freiheit des einzelnen auf der Basis bestmöglicher Lebenssicherung und zunehmenden Wohlstandes,
- die Entfaltung des Leistungs- und Gestaltungswillens,
- die Sicherung wirtschaftlicher Pluralität durch chancengleichen Wettbewerb und durch wirksame Machtkontrolle und Machtteilhabe,
- die Schaffung verfügbaren persönlichen Eigentums für breite Schichten der Bevölkerung.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht wird. Die CDU ist deshalb entschieden gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht und für die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, gegen jede Verstaatlichung und für die Erhaltung des Privateigentums.

Sport

Je ausgedehnter die Freizeit wird und je stärker das Interesse und die Lust an sportlicher Betätigung wachsen, desto größer werden auch die Anforderungen an die Sportvereine. Sie sind ohne öffentliche Hilfe außerstande, ihre gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Die freien Träger des Sports haben ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, daß sie ihre Aufgaben in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung leisten. Deshalb ist es selbstverständlich, daß Vereine und Verbände im Sport öffentlich gefördert und bei der Erfüllung der Aufgaben unterstützt werden, die sie aus eigener Kraft allein nicht meistern können.

Die CDU Bremen bekennt sich - auch im Sport - zum Leistungsprinzip. Leistungs- und Breitensport sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander. Für die gezielte Förderung des Leistungssports muß die Überlegung gelten, wie sich ein Höchstmaß an Erfolg erzielen läßt. Die Förderung des Breitensports muß darauf angelegt sein, jedem Bürger die Möglichkeit einzuräumen, sich nach seinen Neigungen und Fähigkeiten sportlich zu betätigen. Gerade der Breitensport, der für eine aktive Freizeitpflege und die Gesunderhaltung der Bevölkerung von größter Wichtigkeit ist, hat Anspruch auf verstärkte öffentliche Förderungsmittel.

Stadtplanung

Bei der Aufstellung des neuen Stadtentwicklungsplans für Bremen müssen alle Sachbereiche berücksichtigt werden. Dabei darf der Generalverkehrsplan innerhalb dieser Planungen nicht an den kommunalen Grenzen

haltmachen. Er muß den Siedlungsraum umfassen und abgestimmt sein mit dem Flächennutzungsplan. Die bisherigen Fehler werden um so deutlicher, als vergleichbare deutsche Großstädte weniger als die Hälfte der Stadtfläche Bremens zur Verfügung haben.

Stadtsanierung

Stadtsanierung ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Das Städtebauförderungsgesetz kann dabei gute Hilfe leisten.

Die Bremer SPD hat sich entschlossen, Stadtsanierung in Bremen mit Hilfe einer städtischen Sanierungsgesellschaft zu betreiben. Diese Gesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Bausenator ist, ist an politische Beschlüsse gebunden. Solange die SPD falsche Beschlüsse – etwa in Sachen Mozarttrasse – faßt, kann die Gesellschaft keine vernünftigen Sanierungsvorschläge für das Gebiet Ostertor/Remberti machen. Die CDU hat durchgesetzt, daß das Recht der Betroffenen in den Sanierungsgebieten vertraglich gesichert ist (Betroffenen-Beiräte). Die CDU wird auch in Zukunft darauf achten, daß bei allen Planungen die Belange der Betroffenen rechtzeitig berücksichtigt werden. Nur so kann verhindert werden, daß – wie z. B. in Vegesack – gegen die Interessen der Betroffenen eine Flächensanierung durchgeführt wird.

Steuerreform

Das geltende Recht muß im Rahmen einer umfassenden und stufenweise zu verwirklichenden Steuerreform den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielen entsprechend neu gestaltet werden. Die Steuergesetze sind so zu reformieren, daß sie einfacher, verständlicher und damit für den einzelnen Bürger gerechter werden. Dazu fordert die Bremer CDU von einer fortschrittlichen Steuergesetzgebung:

- die Lasten so zu verteilen, daß eine ausgewogenere Einkommensverteilung und gerechtere Vermögensbildung bewirkt wird,
- eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu erleichtern,
- die Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivkapital zu fördern,
- eine wettbewerbsneutrale Gestaltung,
- ein wirtschaftliches Steuersystem zu verwirklichen, durch welches das Steueraufkommen auf weniger Steuern als bisher konzentriert wird,
- eine einfache Ausgestaltung, um den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten und dem Staatsbürger die Übersicht zu erleichtern,

- die Berücksichtigung internationaler Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft,
- die Harmonisierung der Steuersysteme in der EG,
- Steuerhinterziehungen stärker zu erfassen; der Steuerflucht entgegenzuwirken.

Strafvollzug

Zum Problembereich der inneren Sicherheit gehört ein moderner Strafvollzug. In z. T. abbruchwürdigen Justizvollzugsanstalten sowie mit völlig überlastetem Personal läßt sich ein auf Resozialisation ausgerichteter Strafvollzug nicht ermöglichen. Das Land Bremen beschäftigt im Vergleich zum Bundesgebiet die wenigsten Bewährungshelfer. Eine Reform des derzeitigen Strafvollzugs in Bremen ist unabdingbar. Dazu gehört auch Hilfe zur Resozialisation. Bevor jedoch höchst unzulänglich mit Reformvorhaben begonnen wird, müssen die vorhandenen Anstalten wenigstens funktionsfähig erhalten bzw. gemacht werden. Vor allem aber ist eine zügige, verbesserte Aus- und Fortbildung des vorhandenen Personals notwendig.

Suchtgefahren

Die Zahl der Drogenkonsumenten, vor allem Jugendliche und Kinder, ist zwar seit einigen Jahren wieder rückläufig, aber der harte Kern der Drogenstichtigen hat sich kaum verändert. Noch immer gibt es rund 40 000 Drogen-Dauerkonsumenten und etwa 50 000 Frührentner, die durch den Rauschgiftkonsum arbeitsunfähig geworden sind.

Bei der Bekämpfung der Drogen darf nicht das starke Zunehmen des Jugendalkoholismus übersehen werden. Die Zahl der jungen Trinker ist schon weit größer als die der Drogenabhängigen; auch die sozialen und wirtschaftlichen Schäden sind höher.

Zur Bekämpfung der Suchtgefahren sind erforderlich:

- Sachliche Aufklärung über alle Suchtgefahren und Hintergründe in allen Schulen;
 - Aufklärung und Beratung der Eltern suchtgefährdeter Jugendlicher;
 - Beratungsstellen für Alkohol- und Drogenabhängige;
 - Großzügige Unterstützung aller freien Träger, die sich um die Resozialisation Drogen- und Alkoholabhängiger bemühen;
 - Verbot der Werbung für alle alkoholhaltigen Getränke in allen Medien.
- Im Rahmen der Rauschgiftbekämpfung ist eine härtere Bestrafung derjenigen notwendig, die als Dealer und Geschäftemacher Leben und Gesundheit vieler Jugendlicher gefährden.

Umweltschutz

Umweltpolitik ist nicht nur Gefahrenabwehr, sondern sie bedeutet planvolle langfristige Vorsorge. Leitgedanke aller Maßnahmen ist, das Verursacherprinzip im Umweltschutz in verbindende Normen umzusetzen. Die Zielkonflikte zwischen den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wachstums und der Arbeitsplatzbeschaffung einerseits sowie den Erfordernissen gesunder Umwelt andererseits sind nur in jedem einzelnen Fall auflösbar.

Auch Land und Kommunen sind in vielen Tätigkeitsbereichen Umweltverschmutzer. Für sie gelten die gleichen Maßstäbe wie für die Industrie. Die CDU wird alle öffentlichen Planungen und Projekte auf ihre Umweltfreundlichkeit prüfen.

Universität Bremen

Die Bremer Universität wird den modernen Ansprüchen und den Forderungen der Gesellschaft nicht gerecht. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht gewährleistet; die meisten Hochschullehrer wurden in erster Linie nach politischen, nicht aber nach fachlichen Gesichtspunkten ausgewählt; es gibt Gruppen, die offen die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnen und Gewalt für ein legitimes Mittel der Politik halten; die Mitbestimmungsregelung ist verfassungswidrig. Die Universität hat sich gegen den Willen der CDU so etabliert. Als Opposition hält die CDU es für ihre Aufgabe, darauf zu achten, daß die Universität funktionsfähig wird, zumal schon über siebenzig Millionen Mark pro Jahr dafür ausgegeben werden. Die Bremer Universität verfügt über eine personelle Situation, die sich andere Hochschulen im Bundesgebiet nur erträumen. Dennoch kann sie in wichtigen Bereichen kaum Ergebnisse und Erfolge aufweisen. Ungeachtet dessen sollen Universität und Studentenzahlen von Jahr zu Jahr erweitert werden. Nach Meinung der CDU sollte vorerst keine weitere Ausdehnung der Universität zugelassen, keine weiteren Planstellen für Hochschullehrer mehr bewilligt werden, solange die Universität in ihrer jetzigen Größenordnung ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit nicht unter Beweis gestellt hat. Allein im Haushalt 1975 hätten so rund acht Millionen DM eingespart werden können.

Unternehmensrecht

Unter dem Vorsitz von CDU-Generalsekretär Prof. Kurt Biedenkopf und dem Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Hans Katzer, ist eine Fachkommission damit beschäftigt, eine umfassende Neugestaltung des Unternehmensrechts vorzubereiten. Unter dem Vorsitz von CDU-Generalsekretär Prof. Kurt Biedenkopf und dem Vorsitzenden der Sozialausschüsse Hans Katzer ist eine Fach-

lich-sozialen Gedankengutes und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Die Bremer CDU will die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. Eines der wichtigsten Ziele der Mitbestimmung ist die Humanisierung der Arbeitsbedingungen.

Das neue Unternehmensrecht soll:

- den im Unternehmen arbeitenden Menschen als Mitglied des Sozialverbandes Unternehmen behandeln und nicht wie bisher vielfach nur als Außenstehenden, der unter Vertrag genommen ist;
- ein partnerschaftliches Verhältnis von Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung gewährleisten;
- den ordnungspolitischen Zusammenhang von Koalitionsfreiheit, Privateigentum und Unternehmensautonomie im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft sichern;
- den Übergang von der institutionellen zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer ermöglichen.

Verbraucher

Die Rechte des Verbrauchers auf Gesundheit, Sicherheit und Rechtshilfe sowie auf angemessene und wahrheitsgemäße Unterrichtung und Vertretung seiner Belange müssen gewährleistet sein. Die CDU wird die Position des Verbrauchers gegenüber Produktion und Handel überall dort stärken, wo der Verbraucher heute nicht oder nicht mehr gleichberechtigter und gleichgewichtiger Partner in einem ausgewogenen Kräftespiel des Marktes ist.

Dies gilt im privatwirtschaftlichen Bereich ebenso wie gegenüber den Trägern von Leistungen der öffentlichen Hand, denen der Bürger wegen ihrer Monopolisierung häufig wehrlos ausgeliefert ist.

Vermögensbildung

Die Vermögenspolitik der CDU stärkt die wirtschaftliche Freiheit der Bürger. Sie macht aus Abhängigen – Teilhaber.

Das Programm der CDU für eine persönliche Teilhabe der Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital in der Wirtschaft ist eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung; es ist überzeugende Antwort und konsequente Alternative zu kollektivistischen Vorstellungen. Die CDU lehnt daher alle Pläne ab, in denen die private Konzentration durch öffentliche Konzentration ersetzt und über zentrale Fonds den Bürgern wesentliche Verfügungsrechte vorenthalten werden sollen; ebenso un-

vertretbar ist es, die Vermögenspolitik auf Sparförderung und Eigentumbildung zu beschränken; sie soll vielmehr bewußt auf eine Änderung der Verteilung des Vermögenszuwachses und damit auf einen Abbau der Vermögenskonzentration abzielen.

Christlich-demokratische Vermögensbildungspolitik will erreichen, daß alle unselbständig Tätigen ebenso wie die selbständig Tätigen persönliche Miteigentümer am Produktivvermögen werden und über ihr Eigentumsrecht frei verfügen können.

Für den Erwerb dieses Eigentums erhält jeder Arbeitnehmer zusätzliches Einkommen, und zwar entweder als Beteiligungslohn (Ertragsbeteiligung) oder als investive betriebliche Gewinnbeteiligung. Die für die Vermögensbildung von der Wirtschaft aufzubringenden Mittel sollen in Beteiligungswerten angelegt werden, damit sie der Wirtschaft voll für Investitionen, Wachstum und Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Verbesserung der Finanzierungsstruktur erhalten bleiben.

Über die Möglichkeiten betrieblicher Ertrags- und Gewinnbeteiligung hinaus werden wir ein Konzept erarbeiten, um auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft zu beteiligen.

Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung ist eine Voraussetzung für den sozialen Frieden. Daher muß die Vollbeschäftigung wieder hergestellt werden. Wesentlicher Bestandteil dieser Politik der Arbeitsplatzsicherung ist die Verbesserung der einseitigen Wirtschaftsstruktur Bremens und Bremerhavens. Die bremische Wirtschaft ist besonders durch eine starke außenwirtschaftliche Abhängigkeit gekennzeichnet. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß die Vollbeschäftigung im Lande Bremen selbst dann gefährdet war, wenn im übrigen Bundesgebiet die Arbeitsplätze sicher waren.

Die CDU wird versuchen, die gescheiterte Strukturpolitik des gegenwärtigen Senats aus der Sackgasse herauszuführen, um Arbeitsplätze zu erhalten, zu verbessern und zu schaffen. Dazu gehört der gezielte regionale und sektorale Einsatz von öffentlichen Mitteln.

Vorschulische Erziehung

Eine herausragende Bedeutung für die Erhöhung der Chancengleichheit hat die vorschulische Erziehung. Die Geborgenheit in der Familie ist dafür eine unverzichtbare Grundlage. Darüber hinaus können Kindergärten und Vorschulklassen durch eine frühzeitige Förderung der Persönlichkeit des Kindes und den Abbau von Milieusperrren die unterschiedlichen Startchancen der Grundschüler rechtzeitig korrigieren. Die CDU

wird sich deshalb für den verstärkten Ausbau der vorschulischen Einrichtungen einsetzen, insbesondere damit für jedes Kind im betreffenden Alter, das einen Kindergarten besuchen will, ein Platz vorhanden ist. Dies ist in absehbarer Zeit nur zu verwirklichen, wenn die Mithilfe der freien Träger besonders in Anspruch genommen wird. Die CDU wird daher die Zielsetzung ihres schon 1970 eingebrachten und von der SPD abgelehnten Kindergartengesetzentwurfs weiterhin verfolgen.

Wachstum

Ansiedlungen von Gewerbe- und Industriebetrieben dürfen nicht um jeden Preis erfolgen. Die Zielrichtung kann aber nicht lauten: generelle Beschränkung von Gewerbe- und Industrieansiedlung und damit des Wachstums. Es kommt darauf an, die Qualität der anzusiedelnden Betriebe zu verbessern und insbesondere unvermeidbare negative Auswirkungen auf die Umwelt zu vermeiden. Um dieses hohe Ziel eines qualitativen Wachstums und damit eine Sicherung der Vollbeschäftigung, die Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten und eine Verbesserung der Entfaltungsmöglichkeiten des Bürgers zu erreichen, bedarf es einer ständigen Anpassung an die Strukturveränderungen.

Wasserreinhaltung

Die Verschmutzung der Weser ist eines der wichtigsten Umweltprobleme für das Land Bremen. Das gilt u. a. für die fehlende Klärwerkkapazität in Bremen und Bremerhaven und die mangelhafte Zusammenarbeit mit Niedersachsen vor allem im kommunalen Bereich. Das gilt ferner für die Versalzung der Weser durch den Abbau von Kali-Salzen in Thüringen, ohne daß die DDR-Behörden Schutzmaßnahmen ergreifen würden. Da insbesondere in trockenen Jahreszeiten ein beträchtlicher Teil des Trinkwassers Weser-Wasser ist, kommt diesem Sachverhalt erhöhte Bedeutung zu.

Die CDU in Bremen unterstützt die Bemühungen, die Wasserreinhaltung in Bund und Ländern einheitlich zu regeln und deswegen eine Bundeskompetenz zu verankern. Das befreit den Senat aber weder von seiner Pflicht zur Zusammenarbeit, vor allem mit Niedersachsen, noch von der Verantwortung für die fehlenden Klärwerkkapazitäten im Lande Bremen.

Werften

Im Lande Bremen sind insgesamt 13 Werften – sieben in Bremen, sechs in Bremerhaven – ansässig. Der Schiffbau ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, der nicht nur auf zahlreiche Zulieferbetriebe, sondern ins-

besondere auch auf den Beschäftigungsstand gravierende Auswirkungen hat. Gegenwärtig sind in diesem Bereich rund 17 000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Da die internationalen Bemühungen um Harmonisierung bzw. um Abbau der Schiffbaubeihilfen gegenwärtig keine entscheidenden Fortschritte erkennen lassen, kann auf nationale Hilfen vorerst nicht verzichtet werden. Besonders dringlich ist diese Problematik bei den kleinen und mittleren Werften. Die CDU wird sich deshalb im Interesse der betroffenen Wirtschaftszweige und der dort beschäftigten Arbeitnehmer dafür einsetzen, daß die bremischen Werften der Wettbewerbssituation im Weltschiffbau auch in Zukunft gewachsen sind. Hierzu gehören vor allem die Sicherung der Exportfinanzierung sowie die Gewährung von ausreichenden Investitionshilfen.

Wettbewerb

Ein funktionierender Wettbewerb ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Er gewährleistet hohe volkswirtschaftliche Leistung und maximalen Freiheitsraum für die Menschen.

Die CDU setzt sich in diesem Sinne für eine ausgewogene Marktstruktur aus Klein-, Mittel- und Großunternehmen ein. Die gezielte Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen stärkt den Wettbewerb.

Die CDU fordert darüber hinaus die Bedingungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb ständig zu überprüfen und gegebenenfalls zu schaffen. Dies gilt insbesondere dort, wo eine unkontrollierte wirtschaftliche Konzentration den Wettbewerb außer Kraft setzt.

Wirtschaftskriminalität

Die Wirtschaftskriminalität und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht sind einzudämmen und zu verhindern. Bremen gibt hier ein schlechtes Beispiel: Der Rückstand an Verfahren der Wirtschaftskriminalität beträgt zur Zeit fast vier (!) Jahre. Die materielle und personelle Ausstattung der Gerichte und Gewerbeaufsichtsbehörden sind dem Stand der Wirtschaftskriminalität anzupassen. Vor allem müssen besondere Wirtschaftskammern bei den Gerichten gebildet sowie entsprechend ausgebildete Staatsanwälte und Wirtschaftsprüfer bereitgestellt werden.

Wohnen

Ein möglichst vielfältiges Wohnungsangebot muß dem Bürger zur Auswahl gestellt sein, damit er seinen Ansprüchen und Bedürfnissen Rechnung tragen kann. Wohnen ist aber nicht begrenzt auf die „eigenen vier Wände“. Es umfaßt auch die Zuordnung von Dienstleistungen, von Ver-

sorgungsmöglichkeiten und Freizeitangeboten. Die Bedürfnisse von Familien mit Kindern und von älteren Menschen müssen dabei in besonderem Maße berücksichtigt werden. Die Probleme der Kinder und Jugendlichen beruhen zum großen Teil auf den unzureichenden Wohnverhältnissen. Das gilt zumal für das Land Bremen, das im Bundesdurchschnitt die kleinsten Sozialwohnungen hat. Massige Demonstrativbauten und Betonklötze von Hochhäusern (z. B. Osterholz-Tenever, Grohner Düne und Leher Heide) widersprechen den Zielsetzungen der CDU von einem humanen, individuellen Wohnen.

Zu einer lebensfähigen Stadt gehört auch die Erhaltung gewachsener Wohngebiete. Der Altbau Bestand darf nicht kommerziellen Interessen geopfert werden; Stadtteile mit einem hohen Anteil öffentlichen und vor allem auch privaten Grüns müssen erhalten werden. Stadtteilen, die darüber nicht verfügen, ist durch eine sachgerechte Sanierung der nötige Freiraum zu schaffen.

Wohnungseigentum

Die Vermögensbildung muß auch auf den Wohnungssektor ausgedehnt werden. Deshalb muß breiten Schichten der Bevölkerung der Erwerb von Wohneigentum durch Eigenkapitalhilfen für Bezieher geringer Einkommen ermöglicht werden. Die Bewilligung öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau soll künftig in der Weise erfolgen, daß mindestens die Hälfte der jährlich geförderten Wohnungen auf Familienheime, eigengenutzte Eigentumswohnungen, Kaufeigenheime und Kaufeigentumswohnungen entfällt. Bevorzugt werden sollen Personen, deren Jahreseinkommen den Einkommensgrenzen des 2. Wohnungsbaugesetzes entsprechen.

Beschlossen auf dem Landesparteitag der CDU am 13. April 1975
Herausgeber: CDU-Landesverband Bremen
28 Bremen · Am Wall 135